Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt" und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 90. Donnerstag, den 18. April 1907. 14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Ein gefährlicher Polyp.

Auf dem Wege zum Welt-Monopol. Die „Pall Mall Gazette" veröffentlicht eine Nachricht, laut welcher zwischen der amerikanischen Standard Oil Company und der Europäischen Petroleum Union G. m. b. H. eine Verständigung erzielt worden sei. Hiernach dürfte der auf den europäischen Petroleum-Märkten seit mehreren Jahren bestehende Konkurrenzkampf sein Ende erreichen.

Mit Staunen und Grausen hören wir die Schiffererzählungen von riesigen Tintenfischen in der Tiefe des Ozeans, die ihre zehn 6—7 Meter langen Arme aus dem Wasser hervorstrecken, das vorüberfahrende Boot in Trümmer drücken und sich mit Saugnäpfchen wie große Kaffeetassen an ihr Opfer klammern, um es so zu vernichten. Viel unheimlicher aber als die sagenhaften Überfälle dieser Kraken ist die aussaugerische Tätigkeit jener wirklich existierenden kapitalistischen Polypen, die mit ihren Fangarmen den ganzen Erdball umspannen und Saugfäden in der Proletarierwohnung jeder Stadt und jedes Dörfchens ansetzen. Am besten gedeihen diese Untiere auf dem jungfräulichen Boden Nord-Amerikas, wo keine nationale Zersplitterung, keine zünftlerische Gesetzgebung, keine geschichtliche Tradition, kein alter Mittelstand ihren Ausdehnungsgelüsten Schranken setzt. Dort sind jene riesigen Eisenbahnkönige zu Hause, denen gegenüber sich unsere europäischen Millionäre, die Rothschild und Bleichröder, wie Zwerge verkriechen müssen. Sie haben sich des Bodens bemächtigt, beherrschen den gesamten Verkehr, diktieren dem Farmer die Getreidetransportpreise, in ihrer Hand liegt die Versorgung der Großstädte mit Lebensmitteln, kurz sie sind die wahren Herrscher der Gesellschaft. Aber auch in anderen Ländern wachsen die Riesenleiber der kapitalistischen Unternehmen. Englische Städte müssen sich gefallen lassen, daß nicht nur die Erde, sondern auch das Wasser in der Hand von privaten Unternehmern zum Spekulationsobjekt und diese Himmelsgabe nach dem Gewinnbedürfnis einzelner Aktionäre bezahlt wird. Und auch unsere deutschen Großstädte und Industriebezirke sind von Straßenbahnnetzen durchzogen, die nicht in erster Linie bestimmt sind, den mit dem Wachstum der Bevölkerung immer schwieriger werdenden Verkehr zu erleichtern, sondern einer Anzahl reicher kapitalistischer Unternehmer die Geldschränke zu füllen. Wir können uns gegen die Ausdehnung unserer Riesenstädte zwar nicht wehren, wir stehen dieser Entwicklung wie einer Naturgewalt gegenüber, aber man zwingt uns in der heutigen Gesellschaft, dafür einen stets größer werdenden Tribut an einige Wenige zu entrichten, die sich das „Recht" auf Straßenbahnbau rechtzeitig zu verschaffen gewußt haben.

Größer aber und mächtiger als alle diese kapitalistischen Gebilde ist jene Riesenorganisation des Petroleumringes, die unter Rockefeller schon von Amerika aus sich die halbe Welt untertan gemacht hat und die jetzt daran geht, sich durch eine Verbindung mit den bedeutend kleineren europäischen Petroleumproduzenten zum alleinigen Herrscher dieses unentbehrlichen Verbrauchsmittels in der ganzen Welt aufzuschwingen.

Dem einfachen Manne ist es nur schwer möglich, sich ein Bild von diesen wirtschaftlichen Ungeheuern zu machen, die die Ölfelder ihr „Eigen" nennen, aus denen jährlich Rohstoff für zehn Millionen Tonnen Petroleum quillt, deren Tankschiffe alle Meere durchkreuzen, deren Zisternenwagen durch die Berge der Schweiz wie durch die norddeutsche Tiefebene eilen, die ihre Lagertanks und Gespanne in allen nennenswerten Flecken ganz Europas und anderer Erdteile besitzen und von diesen Stationen aus das Warenhaus wie den Kellerbudiker versorgen, die Petroleumlampe jedes Dachstübchens füllen. Ein so gewaltiges, wirtschaftliches Unternehmen, das unter verschiedenen Namen zwar, aber in den Händen derselben wenigen Geldleute über das wichtige Verbrauchsmittel von Millionen Menschen gebietet, hat kaum seinesgleichen. Doch schon lehren die Verschmelzungen großer Hüttenwerke, Gruben und Schiffahrtsgesellschaften, die Fusionen der Weltbanken, die Baumwoll- und Kalisyndikate, die Kohlentrusts und Seidenkartelle, alle kapitalistischen Entwickelungserscheinungen der neuesten Zeit, wem die nächste Zukunft gehört. Sie gehört einigen wenigen Geldfürsten, die ohne eigene Mühe Hunderttausende von Menschen als „ihre Arbeiter" ausnutzen und weitere Millionen in Stadt und Land in ihrer Eigenschaft als Verbraucher auf das Unverschämteste ausplündern. Begrüßt doch selbst die treudeutsche „Tägl. Rdsch." die Nachricht von der neuen Verständigung mit dem Schmerzensschrei, daß dabei „ein Beutezug auf die Taschen der deutschen Verbraucher in Szene gesetzt wird, der unserem Volke viele Millionen kosten dürfte." Dabei muß es so lange bleiben, als die übergroße Mehrheit des Volkes sich nicht aufbäumt gegen das Privateigentum an den Produktionsmitteln, welches solche unnatürlichen und unmenschlichen Zustände möglich macht. Nur in der Hand einiger weniger, nur als Profitquelle einer Handvoll von Goldkönigen ist diese Entwickelung ein Fluch, die in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung ein Segen werden könnte.

Denn als wirtschaftliche Organisation beweist jede solche Betriebszusammenziehung, wie berechtigt die sozialistische Behauptung ist, daß der so gepriesene Wettbewerb nur Vergeudung nach sich zieht und daß durch Zusammenschluß die Kosten der Produktion ganz gewaltig verringert werden. Und mit Recht kann einer der nordamerikanischen Millionäre sagen, daß Trusts Sozialismus sind, aber Sozialismus für die wenigen auf Kosten der vielen. Also ist die einzige Lösung der himmelschreienden Mißverhältnisse nur die Vergesellschaftung der vertrusteten Riesenunternehmen, die Übernahme derselben in Gemeinbesitz des Volkes, damit ihr wirtschaftlicher Nutzen nicht ein paar Tausenden Kapitalisten in den Schoß fällt, sondern der ganzen arbeitenden und verbrauchenden Menschheit zugeführt wird. Revolutionärer als der rabiateste Anarchist wirkt der kapitalistische Trust auf die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse ein. Er beweist, daß in der Erzeugung der Verbrauchsmittel das sozialistische Prinzip schon gesiegt hat und daß die Menschheit bald gezwungen sein wird, ihn auch bei der Verteilung des Gewinns zur Durchführung zu bringen.

Vielleicht stehen die Vereinigten Staaten, wo der Sozialismus als Partei zwar noch am ohnmächtigsten blieb, aber der Kapitalismus in seiner Ausdehnung und in seinen Auswüchsen am schärfsten nach Abhilfe drängt, der Sozialisierung der Produktionsmittel am nächsten. Dann wird die Umwandlung für die europäischen Staaten nicht nur mehr eine Frage der Kultur, sondern wahrscheinlich der Existenz werden und eine konservative Beharrung in den kapitalistischen Ungerechtigkeiten würde den Kulturkreis der führenden Völker, der in den vergangenen Jahrtausenden vom Indischen Ozean ins Mittelmeerbecken und von da zu den Nordseeländern gewandert ist, gänzlich auf amerikanische und australische Gebiete verlegen. Ein kapitalistisches Europa kann mit einem freien sozialistischen Amerika wirtschaftlich nicht standhalten. Die Staaten der Zukunft werden sozialistische sein oder sie werden nicht sein.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus der Budgetkommission. Die im Ergänzungsetat befindlichen Summen für Teuerungszulagen an Beamte im Reichsamt des Innern wurden am Dienstag abgelehnt, da in dem zu erwartenden Nachtragsetat die Zulagen in höherem Maße gewährt werden sollen. Singer referierte dann über eine Anzahl Petitionen von Beamten. Er kritisierte, daß, obwohl die Budgetkommission schon wiederholt gleiche Petitionen zur Berücksichtigung überwies, bis heute noch nichts geschehen sei. Die richtige Antwort wäre eigentlich, sofort solche Erhöhungen in den Etat einzustellen. Singer stellte den Antrag: den Reichskanzler zu ersuchen, daß in einem Ergänzungsetat für 1907 die nötigen Mittel angefordert werden, die nötig sind, um

1. die etatsmäßigen technischen Hilfsarbeiter bei der biologischen Anstalt, die Hilfsarbeiter im Gesundheitsamt, in der Normaleichungskommission und bei der physikalisch-technischen Reichsanstalt im Gehalt mit den Versicherungsrevisoren beim Aufsichtsamt für Privatversicherung gleichzustellen;

2. die vor dem 1. April 1897 dauernd in den Reichsdienst übernommenen, jedoch erst seit oder nach diesem Zeitpunkt als expedierende Sekretäre und Kalkulatoren angestellten Bureaubeamten der höheren Reichsbehörden im Diensteinkommen mit den vor dem 1. April 1897 fest angestellten Amtsgenossen gleichzustellen, ebenso die nach dem 1. April 1897 angestellten expedierenden Sekretäre bei den höheren Reichsbehörden (Kaiserliches Patentamt; Statistisches Amt; Reichs-Versicherungsamt; Gesundheitsamt; Aufsichtsamt für Privatversicherung; Biologische Anstalt für Land- und Forstwirtschaft) im Diensteinkommen mit den früher angestellten Kollegen gleichzustellen.

Der Antrag wurde, obwohl Unterstaatssekretär Twele dagegen sprach, einstimmig angenommen.

Eine größere Zahl Petitionen wurden der Regierung als Material für die kommende Revision des Gehaltstarifs überwiesen. Über eine Petition gegen Unterstützung von Baugenossenschaften geht die Kommission zur Tagesordnung über.

Nunmehr begann die Budgetkommission die Beratung des Kolonialetats. Die Errichtung eines selbständigen Kolonialamtes, die auch diesmal wieder gefordert wurde, veranlaßte keine große Debatte, nur Hertling und Bebel gaben kurze Erklärungen dahin ab, daß Zentrum und Sozialdemokratie nach wie vor gegen die Forderung seien. Mit der Blockmehrheit wurden dann die 44 000 Mark für den neuen „Staatssekretär" Dernburg bewilligt. Bei der Beratung der weiteren neuen Beamtenstellen (ein Unterstaatssekretär, drei vortragende Räte, mehrere Hilfsarbeiter) entspann sich eine lebhaftere Debatte über die Organisation des neuen Kolonialamtes. Semler möchte es mehr vom kaufmännischen Standpunkt aus eingerichtet sehen; so will er, daß die Beamtenstellen nicht im Etat festgelegt werden, sondern dem Kolonialdirektor soll ein Pauschale bewilligt werden, mit dem er sich einen Beamtenstab beliebig schafft und nach Bedarf und Belieben abändert! Dernburg war gegen diese sonderbare Art einer behördlichen Organisation. Und als er an seine kaufmännische Praxis erinnert wurde und daran, daß er wohl selbst eine solche kaufmännische Organisation dieser Behörde gewünscht habe, gab er zu, daß er eben seine Meinung geändert habe! Arendt will die bureaukratische Form beibehalten wissen, aber sie müsse erfüllt werden mit kaufmännischem Geiste. Bei dieser Erörterung kam auch die Tatsache wieder zur Sprache, daß die Abrechnung aus den Kolonien so spät an den Reichstag kommen. Es wurde von einem Regierungsbeamten mitgeteilt, daß die Rechnung für 1897/98 jetzt bald (!) an den Reichstag komme. Dernburg meinte, draußen in den Kolonien seien die Buchhalter wegen der klimatischen Einflüsse nicht so leistungsfähig wie hier! Außerdem wolle er nach Schluß des Reichstages in die Kolonien gehen, um dort selbst für möglichste Vereinfachung zu sorgen. Bebel konstatierte zunächst mit Befriedigung das Eingeständnis des Kolonialdirektors, daß er sich gemausert habe. Er werde sich auch noch weiter wandeln, je mehr er in das Gebiet eindringe. Es frage sich dann nur, in welcher Richtung sich die Wandlung bewegen werde. Zum Kolonialetat selbst brachte Bebel zunächst den außerordentlich raschen Wechsel der Beamten in den Kolonien zur Sprache, der doch sicher nicht zum Vorteil der Kolonien sei; denn bevor einer in die Lage komme, Vorschläge zur Besserung zu machen, gehe er wieder fort! Weiter seien viel zu viel Beamte dort; man scheine hierin nach dem Muster des Mutterlandes zu verfahren und komme dabei zu ganz absurden Maßregeln. Die Kolonialverwaltung möge Beamte zum Studium der englischen Kolonialverwaltung entsenden. Es sei bewundernswert, daß England nach dem erbitterten Burenkriege dort so verhältnismäßig gute Zustände zu schaffen vermochte. Schließlich wandte sich Bebel noch gegen die Landgesellschaften, die eher ein Unglück als ein Vorteil für die Kolonien sind, und kritisierte scharf die heutige Art und Weise der Rechnungslegung. Es mute sonderbar an, wenn bei dem raschen Beamtenwechsel die Rechnungen ein Viertel Menschenalter nach der Ausgabe der Gelder an den Rechnungshof kommen. Gerade das Wort Arendts, daß man in den Kolonien doch mache was man will, erfordere rascheste Aenderung. Es müsse darauf gehalten werden, daß die Beschlüsse des Reichstags auch respektiert werden. Dernburg war mit Bebel fast in allen Punkten einverstanden! Im einzelnen besprach er die Mittel, die zur Besserung dienen sollen. Es redeten noch Arendt, Richthofen, Arnim und Storz; letztere beiden gaben Erfahrungen aus den Kolonien zum besten, wobei sie vielfach der Kritik Bebels beitraten. Dernburg mußte zugeben, daß Mißstände bestehen, aber im allgemeinen seien die Beamten sehr brauchbar und tüchtig. Die beobachteten Mängel liegen daran, daß die Beamten hier unter ständiger Aufsicht stehen, dort aber Aufsicht üben sollen und dabei ständig helfend und schiebend eingreifen müssen. Richtig sei dagegen, daß in den Kolonien ein starker Kastengeist herrsche. Dagegen werde er immer auftreten und er wolle zeigen, daß ihm jeder, der seine Pflicht tut, gleich wert ist, ob er einen Stern und Orden hat oder nicht. Wiemer, der jetzt mit der Blockmehrheit natürlich alle Kolonialforderungen bewilligt, suchte, was die Beurteilung der früheren Kolonialpolitik anbelangt, von seinen Blockfreunden, die auch jene lebhaft verteidigen, abzurücken! Das sind so kleine Verlegenheitsanwandlungen! Erzberger empfiehlt, einen gewissen feststehenden Reichszuschuß für die Kolonien auszuwerfen, der für die militärischen Ausgaben zu verwenden wäre; die Zivilverwaltung müßte durch die Kolonien selbst gedeckt werden. Dernburg erklärte, er wäre mit einer solchen Regelung einverstanden. Beim Schlusse verwies Ledebour darauf, daß die notwendige Selbständigkeit unserer Kolonialbeamten noch lange fehlen werde, man möge sie hernehmen, wo man wolle. In Deutschland würden weder Kaufleute noch Beamte zur

Selbstverwaltung erzogen. Das sei in England ganz anders. Die Positionen wurden schließlich von der Blockmehrheit angenommen.

Der Seniorenkonvent hat sich unter dem Vorsitz des Präsidenten mit dem Beratungsstoff des Reichstags beschäftigt. Dem Wunsche der Regierung entspricht es, daß die laufende Session vor Pfingsten zu Ende geführt wird. Der Seniorenkonvent verständigte sich dahin, den Versuch zu machen, bis Pfingsten den Etat und die Ergänzungsetats, das Gesetz betreffend die Majestätsbeleidigung sowie einige Regierungsvorlagen (Abkommen mit Amerika, den Niederlanden usw.) zu erledigen. Sollte sich dies nicht ermöglichen lassen, so wird der Reichstag nach der Pfingstwoche seine Arbeiten noch für eine kurze Zeit wieder aufnehmen. Bei der Fortsetzung der Etatsberatung sollen, unter der Voraussetzung, daß jede Fraktion zu Worte kommt, die Verhandlungen möglichst zusammengefaßt und eine Art Kontingentierung der Beratungszeit für die einzelnen Etats vorgenommen werden. Von verschiedenen Seiten wurde der Wunsch ausgesprochen, daß die in voriger Session unerledigt gebliebenen Gesetze wieder vorgelegt werden und wenn möglich wenigstens teilweise noch zur ersten Beratung gelangen. Auf Unterbrechung der Sitzungen sowie auf Schwerinstage wird vor Pfingsten verzichtet. Die Frage, ob Schluß der Session oder Vertagung des Reichstages geplant wird, konnte nicht beantwortet werden, da eine Entschließung der Regierung noch nicht vorliegt. Im Seniorenkonvent wurde bei mehreren Vorlagen, in Rücksicht auf die Notwendigkeit mit der gesetzgeberischen Erledigung der zu erwartenden Regierungsvorlagen noch in dieser Session zu beginnen, die Vertagung befürwortet.

Sehr berechtigter Antrag. Die polnische Fraktion hat zum Etat des Reichsgesundheitsamtes eine Resolution eingebracht, in der die Verbündeten Regierungen ersucht werden, zu veranlassen, daß sämtliche Unfallverhütungsvorschriften und Verordnungen zum Schutze von Leben und Gesundheit den in den Bergwerken, Eisen-, Blei- und Zinkhütten und ähnlichen Betrieben beschäftigten Arbeitern in ihrer Muttersprache zur Kenntnis gebracht werden. Wenn Arbeiter Schutzvorschriften nicht lesen können, haben sie natürlich keinen Zweck, das könnten eigentlich alle Unternehmer auch ohne den Antrag wissen.

Posa's Abschiedsrede! Der freisinnige „Fränk. Kurier" will erfahren haben, Oberbürgermeister Adickes werde doch bald Minister werden. Er teilt mit, „daß Herr v. Lucanus, der Leiter des kaiserlichen Zivilkabinetts, die Person war, die Herrn Adickes nach Berlin berief und mit ihm verhandelte, und da Herr v. Lucanus nicht aus eigenem Antriebe, sondern nur auf kaiserlichen Wunsch derartige Verhandlungen geführt haben kann, so darf man immerhin Herrn Adickes als einen der Männer betrachten, die „kommen" werden, wenn nicht bald, so doch in absehbarer Zeit." Der Gewährsmann des „Fränkischen Kurier" ist der Meinung, daß Herr Adickes Nachfolger des Grafen Posadowsky werde, und daß die große Rede des jetzigen Staatssekretärs des Innern im Reichstage über sein sozialpolitisches Programm als eine Art Abschiedsrede aufzufassen sei. — Es scheint also jetzt die Posadowskyhetze in verstärkter Weise einzusetzen, denn das ist wohl der Zweck der freisinnigen Meldung. Daß Herr Adickes sich darin gefallen wird, Posadowskys Stelle einzunehmen, glauben wir nicht.

Die Reichstagsnachwahl in Glauchau-Meerane, welchen Kreis bekanntlich unser verstorbener Genosse Auer vertrat, findet bereits am 26. April statt. Die Ansetzung der Wahl auf einen so nahen Termin ist möglich, weil neue Wählerlisten nicht angefertigt werden. Wenn die Nachwahl innerhalb eines Jahres nach der Vorwahl stattfindet, wird nach den Wählerlisten der Vorwahl gewählt. Das Wahlreglement verlangt in diesem Falle nur, daß die Bekanntmachungen acht Tage vor dem Termin selbst erfolgen. Trotzdem aber ist befremdend, daß man einen solchen frühen Wahltermin angesetzt hat. Hofft man dadurch den Gegnern dienen zu können? — Letztere haben übrigens schon ihre Kandidaten nominiert. Der Ordnungsbrei stellt den bisherigen Kandidaten Dr. Clauß, die Reformer den Dr. Kohlman auf. Unsere Genossen werden dafür Sorge tragen müssen, daß keiner dieser beiden Herren in die Verlegenheit kommt, als Reichstagsabgeordneter nach Berlin fahren zu müssen.

Die fortwährenden Gesetzesverletzer. Daß der Deutsche Flottenverein und die Deutsche Kolonialgesellschaft politische Vereine sind, wird jetzt von den „Berl. Neust. Nachr.", einem Blatt, das jenen Korporationen recht nahe steht, mit erfreulicher Deutlichkeit zugegeben. Das genannte Blatt schreibt:

„Vereine, die sich ein bestimmtes Ziel setzen, das außerhalb der Parteipolitik liegt, müssen natürlich möglichst alle Parteien für ihre Bestrebungen heranziehen. Das darf aber nicht dahin ausarten, daß ein offenbar politischer Zweck, den doch sowohl die Kolonialgesellschaft als auch der Flottenverein verfolgen, in kindischer Nervosität zu verhüllen gesucht wird, weil viele Leute die Politik sich nicht ohne die Scheuklappen der Partei vorzustellen vermögen und sie deshalb fürchten, wie Kinder einen Popanz."

Womit allerdings auch zugegeben wird, daß diese Vereine fortgesetzt das Vereinsgesetz übertreten haben, ohne daß sie ein einziges Mal bestraft wurden.

Sie wollen die Rache ganz kosten — nämlich die Dreiklassenwahlmänner. Die Geschäftsordnungskommission des Abgeordnetenhauses beschloß, dem Hause zu empfehlen, von der in dem Urteil gegen die sozialdemokratischen Redakteure in Erfurt und Düsseldorf wegen Beleidigung des Abgeordnetenhauses ausgesprochenen Publikationsbefugnis Gebrauch zu machen.

Zick-Zack. Wegen Wahlagitation war dem katholischen Pfarrer in Dusemond (Kreis Bernkastel) kürzlich von der Regierung die Ortsschulinspektion entzogen worden. Jetzt hat die Regierung nach der „Köln. Ztg." wieder ihre Verfügung zurückgezogen.

Die neue Kiautschou-Denkschrift. Die Kolonial-Denkschriften der Regierung werden unter dem Dernburg-Kurs immer eigenartiger. Die neueste Kiautschou-Denkschrift erscheint nur in einer Art Luxusausgabe, die nur in beschränkter Zahl verbreitet wird. Die Herstellungskosten dieser Denkschrift sollen so bedeutend sein, daß sie in keiner größeren Auflage vervielfältigt werden kann. Die Presse ist infolgedessen einstweilen auf Auszüge der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" angewiesen, die in ihrer Zusammenstellung so gut wie keinen Wert haben. Es wird darin mitgeteilt, daß sich die Einnahmen des Schutzgebietes von 1 000 000 auf 1 370 000 Mark erhöht haben, daß der Wert des Handels um 7 000 000 Mark gestiegen ist, daß der Schiffsverkehr sich um 56 000 Tonnen gehoben hat, daß die Frequenz der Shantung-Eisenbahn gewachsen ist usw. Angaben darüber, aus welchen Verkehrsländern der Handel, der hauptsächlich im Durchgangshandel nach dem Hinterlande besteht, stammt, werden nicht gemacht. In früheren Denkschriften waren diese Angaben enthalten; in den letzten Jahren jedoch vermißte man derartige Anhaltspunkte. Und doch kommt es gerade darauf an, ob der Handelsverkehr aus japanischen, chinesischen, amerikanischen Erzeugnissen besteht, oder aber ob Deutschland einen erheblichen Anteil an dem Handel hat. Es scheint indes, als ob der deutsche Handel mit und über Kiautschou so minimal sei, daß die Denkschrift sich scheut, die betreffenden Ziffern mitzuteilen. Sollte das aber der Fall sein, so verlöre die ohnehin nicht beträchtliche Entwickelung des Handels für Deutschland jeden Wert, denn Deutschland verausgabt doch nicht jährlich seine zehn und mehr Millionen für Kiautschou, nur um dem japanischen und sonstigen Handel einen günstigen Verkehrsweg erschlossen zu haben! Die Regierung sollte also, statt ihre Denkschriften in Gestalt von kostspieligen Luxusausgaben unter Ausschluß der Öffentlichkeit herzustellen, mehr Gewicht darauf legen, die gerade die deutschen Steuerzahler interessierenden statistischen Mitteilungen mit gebotener Gründlichkeit zu machen. Auf die Potemkinschen Dörfer malerischer Photographien kann gerne verzichtet werden!

Der Unfug mit der Wünschelrute erfreut sich nach wie vor staatlicher Protektion. Wie das Blatt „Eichsfeldia" erfährt, sind den bei den Generalkommissionen beschäftigten Landmessern Wünschelruten übergeben worden, damit sie praktisch den „Wert" dieses Instruments feststellen sollen. Die durch Herrn v. Bülow-Bothkamp auf dem Eichsfelde seit mehr denn Jahresfrist angestellten Versuche sind bis jetzt ergebnislos verlaufen. Im April d. Js. wollte Herr v. Bülow an einer gewissen Stelle in einer Tiefe von 22 Metern einen starken Quell „festgestellt" haben, der auf Staatskosten daraufhin angelegte Probeschacht lieferte aber kein Wasser. Im verflossenen Monat nun war Landrat v. Bülow in Begleitung des Regierungspräsidenten v. Fiedler abermals auf dem Obereichsfelde anwesend. Er untersuchte aufs neue und erklärte, wenn man noch vier Meter tiefer grabe, werde der vorhandene Quell erschlossen. Die Regierung hat zu diesem Zwecke neue Geldmittel bewilligt. — Hoffentlich wird die Sache einmal im preußischen Landtag zur Sprache gebracht, und hat dann die parlamentarische Erörterung den Erfolg, daß man wenigstens aus Furcht vor weiteren Blamagen nicht mehr öffentliche Mittel für einen derartigen Unsinn zum Fenster hinauswirft.

Selbsterkenntnis? In einer Polemik gegen die „Freisinnige Zeitung" schreibt die „Deutsche Tageszeitung":

„Würden die anderen Parteien ihre Kandidaten nach denselben Gesichtspunkten ausgesucht haben, so würden beispielsweise weit über 100 Lehrer im Reichstage sitzen, und das wäre denn doch des Guten etwas zuviel."

Ist es eine Art von Selbsterkenntnis, die den früheren Lehrer Oertel zu dem Schlusse führt, daß Lehrer im allgemeinen in der Politik nicht viel taugen?

Sind die Herren auch alle da? Das Bochumer „Volksblatt" brachte dieser Tage folgende Reminiszenz: Im Frühjahr 1899 machten die Agrarier unter Arendts Führung einen Vorstoß gegen die Reichsbank, deren Verstaatlichung im agrarischen Interesse sie beantragten. Gegen die Verstaatlichung sprachen sich der damalige Schatzsekretär und u. a. auch der Redner der sozialdemokratischen Fraktion, der verstorbene Abg. Dr. Schönlank aus. Als es nun zur entscheidenden Abstimmung kam, benutzte ein aufgeregter Herr vom Regierungstische eine günstige Gelegenheit, um dem Genossen Schönlank die bängliche Frage zuzuflüstern: „Sind die Herren auch alle da?" Sie waren alle da, und der Antrag Arendt fiel. Man erkennt an dieser kleinen Geschichte, daß auch die Regierung mitunter froh ist, die Sozialdemokraten im Reichstagssaale recht zahlreich versammelt zu sehen. Da aber die Regierung neuerdings jedes aus sachlichen Gründen gebotene Zusammengehen bürgerlicher Elemente mit der Sozialdemokratie als ein todeswürdiges Verbrechen behandelt, so kommt die Erinnerung an jene Begebenheit recht gelegen.

Keine Wahlbeeinflussung will Fürst Bülow speziell bei der Wahl des Konservativen v. Richthofen-Damsdorf in Schweidnitz-Striegau geübt haben. So läßt er wenigstens durch seinen Offiziosus in der „Nordd. Allgem. Ztg." versichern, der schreibt:

„Wie wir hören, ist dies angebliche Telegramm nichts anderes, als ein Bruchstück aus einem Antwortschreiben des Fürsten Bülow auf eine von privater Seite aus dem Wahlkreise Schweidnitz-Striegau ergangene Anfrage. Das vom 16. Januar datierte Schreiben besagt folgendes:

„In meinem Briefe an den Generalleutnant v. Liebert habe ich deutlich ausgesprochen, worauf es in dem gegenwärtigen Wahlkampfe ankommt, und habe unter den zu bekämpfenden Gegnern die Sozialdemokratie in erster Linie genannt. Ich muß es mir aber grundsätzlich versagen, über die Erfordernisse der Lage in den einzelnen Wahlkreisen von hier aus ein persönliches Urteil abzugeben."

Der Wortlaut dieses Schreibens scheint der Kommission nicht bekannt gewesen zu sein. Nach unserer Auffassung ist eine Wahlbeeinflussung darin nicht zu sehen, und wir glauben nicht, daß das Plenum des Reichstages sich dem Votum der Kommission anschließen wird." — — Wie wir schon dargelegt haben, würde der Silvesterbrief Bülows vollauf ausreichend sein zur Ungültigkeitserklärung aller „nationalen" Wahlen. Es wäre demnach gleichgültig, ob der Wahlprüfungskommission das ganze Schreiben vorgelegen hat oder nicht. Daß sie es nicht ganz gekannt hat, ist aber nicht wahrscheinlich.

Die Politik der Lebensmittelverteuerung. Den Aufzeichnungen eines Familienvaters, der in der Nähe der schweizerischen Grenze wohnt und eine Familie von acht Köpfen zu ernähren hat, entnimmt die „Frankf. Ztg." folgende Angaben über die verteuernde Wirkung der agrarischen Politik. Es kostet das Pfund Rindfleisch im Badischen 80 Pfg., in der Schweiz 56 Pfg., das sind 24 Pfg. weniger; Fett 80 Pfg. und 64 Pfg., Kalb- und Schweinefleisch 1 Mk. und 80 Pfg., Brot 6 Pfd. 80 Pfg. und 65 Pfg., Zucker per Pfund 26 Pfg. und 22 Pfg., Kaffee 1,20 Mk. und 96 Pfg. Dabei sind immer gleiche Qualitäten gegenübergestellt. Der Familienvater stellt seinen Bedarf wie folgt auf: Rindfleisch pro Woche 3 Pfund, macht 72 Pfg. mehr, Fett gleichfalls 3 Pfund, macht 48 Pfg. mehr, Schweine- oder Kalbfleisch 3 Pfund, macht wieder 48 Pfg. mehr, Brot täglich 6 Pfd., das ist pro Woche 42 Pfund, macht 1,05 Mk. mehr. Das ergibt — wir sehen von den anderen Artikeln ganz ab — allein für Brot und Fleisch aufs Jahr gerechnet eine Mehrbelastung von rund 142 Mark in Baden gegenüber der Schweiz. An einem solchen Beispiel zeigt sich der ganze Widersinn unserer Wirtschaftspolitik. Denn es ist undenkbar, daß Preisunterschiede dauernd sich geltend machen könnten zwischen Ortschaften, die nur eine Stunde auseinanderliegen — wenn die Zollgrenze nicht dazwischen wäre.

Rußland.

Die Rigaer Greuel vor der Duma. Das Haus behandelte Dienstag eine Interpellation über die Ereignisse in Riga, wo bei einem Fluchtversuche am 13. d. M. sieben Gefangene getötet und 17 verwundet wurden, während die übrigen 74 vor das Feldkriegsgericht gestellt werden sollen. Die Sitzung nimmt den Charakter eines Duells zwischen der äußersten Linken und dem Zentrum an. Dieses verlangt Verweisung der Interpellation an die besondere Kommission, die für alle Arten von Interpellationen besteht, während die äußerste Linke die Interpellation als dringlich dem Ministerrat überweisen will. Kusmin Kurawajew verliest eine Depesche des Generalgouverneurs von Riga, welcher erklärt, daß keinem der Verhafteten die Todesstrafe drohe. Alexinski verliest eine andere, von seinen Wählern in Riga unterzeichnete Depesche, in der es heißt, daß alle 74 die Verurteilung zum Tode zu gewärtigen haben! Die Debatte nimmt einen stürmischen Verlauf. Das Mitglied der äußersten Rechten Schulgin wendet sich an die Sozialisten und sagt: „Sie protestieren gegen die Todesstrafe, aber, sagen Sie mal offen, haben Sie nicht eine Bombe in der Tasche?" Hierauf erhebt sich ein unbeschreiblicher Lärm, man ruft: „Hinaus!" Vizepräsident Posnansky läutet und stellt mit Mühe die Ruhe wieder her. Die Sozialdemokraten verzichten sodann auf die Dringlichkeit der Interpellation, die der Kommission überwiesen wird. Die Duma beschließt mit großer Mehrheit, Schulgin wegen Beleidigung von Deputierten von der Sitzung auszuschließen. — Das Haus lehnt dann die Dringlichkeit für die Interpellation über den Ausstand in Baku und über Repressivmaßnahmen in der Provinz Kutais ab und verweist dieselben an die bereits genannte Kommission. Der Deputierte Maklakow gibt Erläuterungen über die Interpellation betreffend die Kassierung eines Urteils des Feldkriegsgerichts durch den Generalgouverneur von Moskau, Herschelmann. Das Kriegsgericht hatte vier Personen, die des Versuchs angeklagt waren, einen Polizeibeamten zu ermorden, zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt. Herschelmann hat entgegen der Zirkularverfügung des Ministerrats, die endgültig die Kassierung von Urteilen der Feldkriegsgerichte verbietet, dieses Urteil kassiert. Ein anderes Kriegsgericht hat die vier obenerwähnten Personen zum Tode durch Erhängen verurteilt! Das Urteil ist vollstreckt worden. Der Interpellation über Mißbrauch der Amtsgewalt seitens Herschelmanns wird einstimmig zugestimmt. — Die Bänke der Rechten hatten sich nach dem Zwischenfall Schulgin geleert. Ein Protest der Rechten gegen Schulgins Ausschließung wurde ins Protokoll der Sitzung eingetragen.

Aus der Duma. Die Kommission der Reichsduma für die Interpellation beriet die von den Sozialdemokraten eingebrachte Interpellation über die Entsendung des Generals Baron Taube nach Baku und kam zu dem Ergebnis, daß keine ausreichende Gründe vorlägen, um die Regierung zu interpellieren. Die Kommission beschloß, den Antrag abzulehnen, andererseits jedoch die Regierung zu ersuchen, in Anbetracht der hohen Bedeutung der Petroleumindustrie in Baku für das ganze Reich der Reichsduma über die Lage in Baku Aufklärung zu geben, ohne dabei die von den Sozialisten aufgeworfene Frage wegen der Einmischung der Regierung in den Kampf zwischen Kapital und Arbeit zu berühren. Die Vertreter der Sozialdemokraten erklärten sich mit der Entscheidung der Kommission einverstanden.

Aus Sibirien entflohen. Den Petersburger Blättern zufolge ist der nach Beresow in Sibirien verbannte Vorsitzende des im Oktober 1906 verhafteten Arbeiterdeputiertenrates, Chrustalew, von dort ins Ausland entflohen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 18. April.

Zuzug von Tischlern, Drechslern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Lübeck ist strengstens fernzuhalten.

Die Streikleitung.

Travemünde. Gesperrt für Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter ist das Geschäft von Söhrmann.

Die Distriktsführer werden ersucht, die Geschäftsberichte am morgigen Freitag abend, von 6—8 Uhr, in unserer Expedition in Empfang zu nehmen.

Der Buchdruckereibesitzer J. A. H. Rahtgens ist gestern im Alter von 84 Jahren gestorben. Der Dahingeschiedene gehörte von 1873 bis 1897 der Bürgerschaft und längere

Zeit dem Bürgerausschusse an. Mehrfach kam er auch bei Senatswahlen in Betracht, doch unterlag er stets. In den letzten Jahren zog sich R. vom öffentlichen Leben zurück, wohl infolge seines hohen Alters.

Abänderung der Verfassung. Der Bürgerausschuß beriet in seiner gestrigen Sitzung über eine Abänderung der Artikel 20 und 22 der Verfassung betr. das Staatsbürgerrecht. Nach dem jetzigen Wortlaut war zur Teilnahme an den Bürgerschaftswahlen jeder volljährige oder für volljährig erklärte männliche Angehörige des lübeckischen Freistaates berechtigt, der seit mindestens fünf aufeinanderfolgenden Jahren seinen Wohnsitz im lübeckischen Staatsgebiet hat und während dieser Zeit alljährlich Einkommensteuer bezahlt hat. Die durch den Druck hervorgehobenen Worte waren nun Veranlassung, daß bei den letzten Bürgerschaftswahlen einige Personen aus den Wählerlisten gestrichen wurden, weil ihnen in einem der vier letzten Steuerjahre für ein oder zwei Quartale Steuererlaß gewährt worden war. In der Bürgerschaft wurde diese Handhabung des Gesetzes durch unsere Genossen kritisiert. Darauf hat der Senat sich zur Abänderung dieses Artikels der Verfassung bereit erklärt, und auch eine vom Bürgerausschuß zur Prüfung dieser Angelegenheit eingesetzte Kommission ist zu einem gleichen Resultat gekommen. Danach soll der Artikel 20 der Verfassung wie folgt abgeändert werden: „Zur Teilnahme an der Wahl der Vertreter ist jeder Bürger des lübeckischen Freistaates berechtigt, der das 25. Lebensjahr beendet, seit dem 1. April des vierten dem Jahre der Wahl vorangehenden Jahres dauernd seinen Wohnsitz im lübeckischen Staatsgebiete gehabt und während dieser Zeit alljährlich entweder seine Einkommensteuer voll entrichtet oder doch so viel an Einkommensteuer gezahlt hat, als er für ein Einkommen von über 600 Mk., aber nicht mehr als 7[illegible] Mk., unter Nichtberücksichtigung etwaigen steuerfreien Einkommens gesetzlich zu zahlen gehabt hätte." Der Bürgerausschuß billigte die Beschlüsse seiner Kommission. Wir entnehmen diesen Bericht zum großen Teil dem „H. C.", da aus dem amtlichen Protokoll nur sehr wenig hervorgeht. Es heißt dort, daß der Bürgerausschuß beantragt, daß 1. der zweite Satz im zweiten Absatz von Artikel 20 folgende Fassung erhält: „Bei außerordentlichen Ersatzwahlen tritt an die Stelle dieses Tages der letzte Tag desjenigen Kalendervierteljahres, welches zur Zeit der Bestimmung des Wahltages durch den Bürgerausschuß abgelaufen ist." 2. daß folgende Bestimmungen gestrichen werden: a. in Artikel 20 der Verfassung der Absatz 3, b. in Artikel 22 der Verfassung unter a Stadt und Vorstädte Abteilung I die Worte „und den Gutsherrn des Gesamtgutes Weißenrode," c. in Artikel 22 der Verfassung unter b Städtchen Travemünde und Landgebiet Abteilung III die Worte „und den Gutsherrn des Gesamtgutes Weißenrode." d. im zweiten Nachtrag zu dem Gesetz vom 15. Dezember 1902, das lübeckische Staatsbürgerrecht betreffend, in Artikel 1 die Worte „der Gutsherr des Gesamtgutes Weißenrode kann auch ohne Zahlung von Einkommensteuer die Erteilung des Staatsbürgerrechts fordern." 3. daß in Artikel 3 desselben Gesetzes der letzte Absatz folgende Fassung erhalte: „Der Nachweis zu 3 und 4 liegt den Beamten und den Notaren nicht ob (vgl. Artikel 1, Absatz 2)." Namens der Kommission änderte Dr. von Brocken den Kommissionsantrag dahin ab, daß unter 2 Ziffer a gesetzt werde: a) in Artikel 20 der Verfassung, Absatz 3, die Worte „und des Gutsherrn des Gesamtgutes Weißenrode."

Grundstücksankauf durch den Staat. Der Senat hatte beim Bürgerausschuß beantragt, 1. daß das Finanzdepartement ermächtigt werde, die Grundstücksangebote des Privatmanns G. J. J. Kock, des Gärtners J. H. Ch. Schwarz, des Pantoffelmachers F. H. G. Stamer, des Schlachtermeisters J. H. E. Just, des Gärtners J. J. Bielefeldt, des Gärtners J. H. Ch. Kordes, des Gärtners J. J. Ch. Scheel, des Gärtners K. F. W. Kriedemann, der Witwe des Gärtners H. H. J. Fennert zu Stockelsdorf, des Gärtners B. H. W. Boy, des Gärtners J. H. Ch. Ruppnau und des Gärtners F. J. D. Scheel anzunehmen; 2. daß dem Finanzdepartement die zum Ankaufe der angebotenen Flächen bewilligten Mittel im Betrage von 102782,70 zuzüglich des etwa 2000 Mk. betragenden Kostenanteils aus den Mitteln der Staatsanleihe von 1906 zur Verfügung gestellt werden. Der Bürgerausschuß erklärte sich gutachtlich für die Mitgenehmigung der Vorlage seitens der Bürgerschaft.

Abänderung der Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz über die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten. Der Bundesrat hat in einer Sitzung vom 21. März 1907 auf Grund des § 22 des Gesetzes, betr. die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten, vom 30. Juni 1900 beschlossen, die Ausführungsbestimmungen — Bekanntmachung vom 21. Februar 1904 — zu ändern, wie folgt: I. Bekämpfung der Cholera. Unter Nr. 2 tritt an Stelle von Abs. 1 und 2 das folgende: Zu §§ 14, 18. „An der Cholera erkrankte oder krankheitsverdächtige Personen sind ohne Verzug unter Beobachtung der Bestimmungen im § 14 Abs. 2 und 3 des Gesetzes abzusondern. Als krankheitsverdächtig sind, solange nicht wenigstens zwei in eintägigem Zwischenraum angestellte bakteriologische Untersuchungen den Choleraverdacht beseitigt haben, solche Personen zu betrachten, welche unter Erscheinungen erkrankt sind, die den Ausbruch der Cholera befürchten lassen. Eine mindestens dreimalige Untersuchung ist namentlich in denjenigen Fällen erforderlich, in denen das klinische Bild den schweren Verdacht der Cholera weiter bestehen läßt, trotzdem die vorgenommenen zwei bakteriologischen Untersuchungen negativ ausgefallen sind. Anscheinend gesunde Personen, in deren Ausleerungen bei der bakteriologischen Untersuchung Choleraerreger gefunden wurden, sind wie Kranke zu behandeln.

Eine öffentliche Hafenarbeiterversammlung tagte gestern Abend im „Vereinshaus". In eingehender Weise behandelte Genosse Stelling die Ursachen und den weiteren Verlauf des Riesenkampfes im Hamburger Hafen. Er knüpfte hieran die Mahnung, daß angesichts des brutalen Vorgehens des Scharfmachertums der Einigungsgedanke unter den Lübecker Hafenarbeitern immer mehr festen Fuß fassen möge. Diskussion wurde nicht beliebt. Folgende Resolution fand Annahme:

„Die am 17. April 1907 im „Vereinshaus" tagende öffentliche Versammlung sämtlicher am Hafen und auf den Holzlagerplätzen beschäftigten Arbeiter Lübecks verurteilt auf das schärfste das protzenhafte und rigorose Verhalten der Hamburger Hafengewaltigen. Die Versammlung spricht den kämpfenden Hamburger Kollegen ihre wärmste Sympathie aus und versichert letztere ihrer moralischen und finanziellen Hilfe.

Angesichts des immer brutaler auftretenden Unternehmertums hält es die Versammlung für notwendig, ausdrücklich zu betonen, daß nur durch eine einheitliche Organisation dem Scharfmachertum erfolgreich die Stirn geboten werden kann.

Bevölkerungsbewegung im Monat März 1907. (Die Angaben beziehen sich auf die Stadt Lübeck.) Im März betrug die Zahl der Eheschließungen 39 gegen 36 im Vormonat (44 im März 1906), auf 1000 Einwohner berechnet 4,93 gegen 5,01 im Vormonat (5,66 im März 1906 und 5,06 im zehnjährigen März-Durchschnitt.) Lebendgeburten erfolgten 234 gegen 187 im Vormonat (217 im März 1906) auf 1000 Einwohner berechnet 29,56 gegen 26,03 im Vormonat (27,91 im März 1906 und 30,35 im zehnjährigen März-Durchschnitt). Totgeburten kamen 5 vor, im Vormonat keine (2 März 06.) Unehelich geboren wurden 21 Kinder gegen 24 im Vormonat (15 im März 1906). Die Zahl der Sterbefälle (ohne Totgeburten) belief sich auf 135 gegen 123 im Vormonat (116 im März 1906), auf 1000 Einwohner berechnet 17,05 gegen 17,12 im Vormonat (14,92 im März 1906 und 18,27 im zehnjährigem März-Durchschnitt.) Einschließlich der Totgeburten hat die Zahl sämtlicher Geburten 239 gegen 187 im Vormonat (219 im März 1906), sämtlicher Sterbefälle 140 gegen 123 im Vormonat (118 im März 1906) betragen. Der Überschuß der Geborenen über die Gestorbenen betrug hiernach 99 gegen 64 im Vormonat (101 im März 1906), auf 1000 Einwohner berechnet 12,51 gegen 8,91 im Vormonat (12,99 im März 1906 und 12,81 im zehnjährigen März-Durchschnitt.) Unter 1 Jahr alte Kinder starben 25 gegen 28 im Vormonat (25 im März 1906), über 70 Jahre alte Personen starben 33 gegen 36 im Vormonat. Unter den Todesursachen sind zu erwähnen: Angeborene Lebensschwäche 5 (gegen 4 im Vormonat), Altersschwäche 7 (18), Scharlach 1, Masern 1 (7), Typhus 1 (3), Tuberkulose der Lungen 16 (9), Tuberkulose anderer Organe 5 (2), Lungenentzündung 16 (12), Influenza 6 (3), Krankheiten der Atmungsorgane 10 (5), Krankheiten der Kreislauforgane 13 (11), Gehirnschlag 5 (3), Magen- und Darmkatarrh, Brechdurchfall 5 (6), Krebs 9 (9), Verunglückung 1 (2). In den Monaten Januar bis März dieses Jahres betrug die Zahl der Eheschließungen 129 (133 im gleichen Zeitraum des Vorjahres) oder auf 1000 Einwohner 5,61 (5,89 im Jahre 1906 und 5,66 im zehnjährigen Durchschnitt), der Lebendgeburten 662 (1906: 641), oder auf 1000 Einwohner 28,80 (28,39 im Jahre 1906 und 30,16 im zehnjährigen Durchschnitt), der Sterbefälle 428 (1906: 341), oder auf 1000 Einwohner 18,62 (15,11 im Jahre 1906 und 18,15 im zehnjährigen Durchschnitt, der Geburtenüberschuß 234 (1906: 300) oder auf 1000 Einwohner 10,18 (13,28 im Jahre 1906 und 12,01 im zehnjährigen Durchschnitt.

Tödlicher Unglücksfall. Gestern abend 6½ Uhr verunglückte der Wagenschieber Walch beim Rangieren am Schuppen 25 dadurch, daß er zwischen die Puffer zweier Waggons geriet; ihm wurde der Brustkasten eingedrückt. Der Ärmste war sofort tot.

ph. **Kleine polizeiliche Nachrichten.** Festgenommen wurde ein Dienstmädchen aus Stolp i. P., das seitens der hiesigen Staatsanwaltschaft wegen eines Diebstahlsverbrechens steckbrieflich verfolgt wird. Ein Arbeiter aus [illegible], der im August 1905 in einer hiesigen Herberge einem Reisekollegen seine Taschenuhr gestohlen hat, wurde ermittelt und festgenommen.

Hamburg. Der Konflikt am Hafen in der Bürgerschaft. In der Bürgerschaft interpellierten die Sozialdemokraten über den Konflikt im Hamburger Hafen. Die Besprechung nahm zwei Stunden in Anspruch.

Hamburg. Zur Aussperrung der Schauerleute. Eine Massenversammlung der ausgesperrten Schauerleute, die gestern nachmittag im Gewerkschaftshause tagte, leitete der Vorsitzende Hähnel mit einem Bericht über die gegenwärtige Situation ein. Die Reeder haben nicht die Bedingung gestellt, daß die Maifeier ausgeschaltet werden soll. Die Frage soll durch einen selbständigen Beschluß der Schauerleute entschieden werden. Die Versammlung soll den Beschluß fassen, ob die Schauerleute am 1. Mai feiern wollen oder nicht. Die Schauerleute können aber nicht allein beschließen: Wir feiern den 1. Mai. Diesen Beschluß müssen auch die übrigen Branchen der Hafenarbeiter fassen. Er weist dann auf den Aufruf des Parteivorstandes hin und erklärt, daß Döring und er trotzdem mit dem Parteivorstand über diese Angelegenheit noch konferiert hätten. Der Parteivorstand habe ihnen empfohlen, in Anbetracht der gegenwärtigen Situation von der Arbeitsruhe am 1. Mai in diesem Jahre Abstand zu nehmen. Er empfiehlt dann folgende Resolution: „Die heute, am 17. April, versammelten Schauerleute beschließen, falls die Aussperrung vom Hafenbetriebs-Verein tatsächlich aufgehoben wird, obgleich sie die Arbeitsruhe am 1. Mai als die würdigste Form der Maifeier halten, im Interesse des Friedens in diesem Jahre von der Teilnahme durch Arbeitsruhe Abstand zu nehmen. Diese Resolution hat für die Schauerleute nur dann Verbindlichkeit, wenn die übrigen Hafenarbeiter dasselbe beschließen." In der Diskussion sprechen sich mehrere Redner gegen, einige für die Resolution aus. Döring legte die Resolution, sowie die ganze Situation klar, worauf die Resolution Annahme fand. Die kombinierte Versammlung sämtlicher Hafenarbeiter beschloß gleichfalls, in Anbetracht der gegenwärtigen Verhältnisse, von der Maifeier durch Arbeitsruhe abzusehen. Anschließend an die Versammlung der Schauerleute fand im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine kombinierte Versammlung sämtlicher Hafenarbeiter statt. Die Situation im Hafen legte der Vorsitzende der Schauerleute, Hähnel, klar, worauf die Diskussion erfolgte, die recht scharf geführt wurde. Fast sämtliche Redner waren für die Feier des 1. Mai. Nachdem Schleef und Döring den Versammelten noch einmal eindringlich den Ernst der Situation vor Augen geführt hatten, fand folgende Resolution Annahme: „Die heute, den 17. April 1907, im großen Saal des Gewerkschaftshauses tagende Mitgliederversammlung sämtlicher nicht an der Aussperrung beteiligten Hafenarbeiter nimmt Kenntnis von der augenblicklichen Situation im Hafen und erklärt, daß durch die Festigkeit der Schauerleute einerseits, und durch die bis jetzt bewiesene Solidarität der anderen Hafenarbeiter anderseits für die Ausgesperrten der Moment einer günstigen Beendigung des Konflikts zu erwarten ist. Unter aller Wahrung des Standpunktes, daß die Arbeitsruhe am 1. Mai die würdigste Feier ist, sieht sich die Versammlung in Anbetracht der gegenwärtigen Verhältnisse jedoch veranlaßt, in diesem Jahre von der Teilnahme an der Maifeier durch Arbeitsruhe abzusehen. Die Versammelten erklären sich bereit, einen Teil ihres am 1. Mai verdienten Tagelohns an die ausgesperrten Schauerleute abzuführen."

Neumünster. Ein Großfeuer entstand in vorletzter Nacht um 2½ Uhr im Kleinflecken. Nur wenige hundert Schritte von den Trümmern des niedergebrannten Bartramschen Hauses befindet sich die Textilwarenfabrik von Jakob Westphalen. Das Etablissement war mehrere hundert Meter lang. Vorder- und Hinterbau, sehr alt, bestand aus Holzfachwerk, der mittlere Teil war massiv und alles mit Pfannen gedeckt. Das Feuer entstand im Vorderraum, in dem sich die Wolferei mitbefand und verbreitete sich im Verlaufe von kaum einer halben Stunde auf das gesamte Etablissement, so weit es unmittelbar miteinander in Verbindung steht. Nach Verlauf einer weiteren halben Stunde stand auch das isolierte Kesselhaus in Flammen. Erhalten blieb nur ein Gebäude, in dem von der Firma Schneiderei betrieben wird. Gegen 4 Uhr morgens erreichte das Feuer seinen Höhepunkt. Die herbeigeeilten Feuerwehren standen dem entfesselten Element völlig machtlos gegenüber und beschränkten ihre Tätigkeit zur Hauptsache auf den Schutz der Nachbargebäude, was auch Erfolg hatte. Die Scheune des Landmanns Reben fing wiederholt Feuer, wurde jedoch schließlich gerettet. Der Schaden ist sehr groß, wird auf 300 000 Mk. geschätzt und von mehreren Gesellschaften getragen. Eine große Zahl Arbeiter ist bis auf weiteres brotlos.

Bremen. Der Bremer Schulkonflikt lebt wieder auf. Bekanntlich hatten die Bremer Lehrer Holzmeier, Gartelmann, Lüdeling und Gansberg bei dem wider sie eingeleiteten Disziplinarverfahren insofern gut abgeschnitten, als der aus Preußen nach Bremen importierte Schulinspektor Köppe eine scharfe Mißbilligung durch den Vorsitzenden der Disziplinarkammer einstecken mußte; und ferner, weil in der dreitägigen Verhandlung alles bestätigt wurde, was die Bremer Lehrerschaft dem Herrn zur Last gelegt hatten. Man hätte nun meinen sollen, der Herr Schulinspektor wäre recht schleunigst gegangen oder doch von der Schulbehörde verabschiedet worden! Weit gefehlt! Der Mann verfügt offenbar über eine Bülowsche Rhinozeroshaut, und da die Behörde ihn nicht gehen hieß, blieb er im Amt. Dagegen geht jetzt einer der vier, wegen ihrer Versündigung am Schulinspektor angeklagt gewesenen Lehrer, nämlich der sehr befähigte, als pädagogischer Schriftsteller bestens bekannte Gansberg. Und das kam so. Gansberg war, wie gemeldet, laut Senatsbeschluß besonders angeklagt, in einem öffentlichen, vor Angehörigen von bremischen Schulkindern gehaltenen Vortrag ausgeführt zu haben, „daß in den bremischen Schulen ein unfruchtbarer, bureaukratischer Geist umgehe, der durch widerliche Rechthaberei und rücksichtslose Draufgängerei die freien Regungen der jugendlichen Kräfte zusammenschnüre und der nur dadurch zu fassen sei, daß man öffentlich brandmarke", ferner, „daß ein solches schädliches System" sich in der Person des Schulinspektors verkörpere. Damit sollte sich Gansberg gegen § 25 des bremischen Beamtengesetzes vergangen haben. Gansberg bestritt in der Verhandlung, welche vorige Woche stattfand, die Ausdrücke „widerlich" und „rücksichtslos" gebraucht zu haben. Ferner wollte er allgemein von „unseren" Schulen gesprochen haben. Er habe auch die Frage aufgeworfen, was zu geschehen habe, wenn sich die Kritik eines solchen Systems gegen einen Vorgesetzten richte, er habe aber als Beamter die Frage selbst nicht beantwortet. Die Eltern brauchten sich aber von der Verfechtung ihrer Ideen nicht abhalten zu lassen. Diese Gedanken habe er an einigen Beispielen erläutert und dabei vom bureaukratischen Geist, von Draufgängerei und Rechthaberei gesprochen. Ein Zeuge sagte aus, Gansberg habe sehr sachlich gesprochen. Half alles nichts. Gansberg wurde außer mit einem Verweis mit 200 Mk. Geldstrafe bedacht. Doch das hätte sich verwinden lassen. Es wurde ihm aber in der Urteilsbegründung durch den Vorsitzenden, den Senator Dr. Buff, der sich diesmal wohl freier fühlen mochte, da der Zuhörerraum ein ganz anderes, längst nicht so imponierendes Bild bot als im März, eine empfindliche Kränkung zugefügt, die der so ganz anders als der Schulinspektor organisierte Gansberg nicht verwinden konnte und wollte. Der Senator sagte u. a.: „Es wäre bei dieser (der oben skizzierten) Sachlage scharf daran, daß der Staat sich von einem Beamten befreien müßte, der in derartiger Weise gegen seine vorgesetzte Behörde und gegen (!!) die Schulverhältnisse in Bremen zu Felde ziehe und sich nicht entsagen könne, die Tätigkeit von vielen Leuten (nämlich des Schulinspektors, der Schulbehörde, der Schuldeputation usw.) herunterzuziehen. So sehr es an sich berechtigt wäre, müsse doch von der Dienstentlassung nach Ansicht der Kammer abgesehen werden, und zwar im Hinblick auf die ganzen Zeitverhältnisse, in denen der Vortrag gehalten worden sei, im Hinblick darauf, daß zweifellos, wie auch früher festgestellt worden sei, eine erhebliche Erregung in der Lehrerschaft bestand, und ferner müsse man annehmen, daß diese verletzenden Äußerungen und schweren Beschuldigungen gegen die Schulbehörde nicht der Zweck der Rede gewesen seien, sondern daß es sich vielleicht bei dem Angeschuldigten, als er sein eigentliches Thema verlassen hatte, mehr um eine Erregung gehandelt habe, in die ihn das Schlußwort versetzt habe." Durch solche demütigenden Worte mußte Gansberg, dem die geringsten Schulreformversuche, z. B. die Verteilung einer von ihm verfaßten und von Fachmännern sehr gelobten Fibel an die Schüler einer Klasse brüsk abgeschlagen wurden, sich in der Tat schwer gekränkt fühlen. Zumal da ihm, dem das Beste der Schule anstrebenden Reformator, zur gleichen Zeit eine solche Demütigung widerfuhr, wo man einen, das Schulwesen aufs schlimmste schädigenden Vorgesetzten im Amte beließ, obwohl sich der Unwille fast der gesamten Lehrerschaft gegen ihn gerichtet hatte. Wohl war das Wirken des Schulinspektors zum Teil scharf mißbilligt worden, aber davon war keine Rede gewesen, daß man nahe daran sei, „den Staat von einem solchen Beamten zu befreien". Gansberg hat sein Entlassungsgesuch eingereicht. Das fortschrittfeindliche System — denn darum handelt es sich hier — hat sein Opfer dahin. Jetzt hat sich aufs neue eine große Erregung der Lehrerschaft bemächtigt, und die bremischen Lehrer haben bisher bewiesen, daß sie den Mut haben, sich des unwürdigen Drucks, der auf ihnen lastet, zu erwehren. Bisher galt ihr Kampf wesentlich dem Schulinspektor, jetzt wird er sich gegen das System und seinen Träger, die Behörde, richten müssen. Das bewies uns schon die Verhandlung gegen die vier Lehrer, es wird uns durch den Fall Gansberg bestätigt. „Die Herren vergessen, wenn sie solche Behauptungen aufstellen, daß hier nicht der Schulaufsichtsbeamte, sondern die Behörde in Betracht kommt", sagte der Senator in seiner Begründung des Urteils im Prozeß Gansberg. Damit ist betont worden, daß die Behörde — abgesehen von einigen Maßnahmen des Schulinspektors — diesen unter allen Umständen halten will, weil er ja nur das System vertrat, daß sie vertritt! Denn der Senator Buff gehört der Schulaufsichtsbehörde an, was er sagte, kann man als von dieser gesprochen erachten. So wird dafür gesorgt, daß den Lehrern, unter denen es immer noch sehr viel Gutgläubige gibt, die allem gefährlichen Kampfe einen wenn auch brüchigen Frieden vorziehen, vollends die Augen geöffnet werden. Der Kampf wird noch ein sehr zäher werden, mögen die Lehrer zeigen, daß sie Männer genug sind, ihn zu führen. — Die Bremer Disziplinarrichter, welche die Lehrer verurteilten, werden von der „Eisenbahn-Zeitung" über das Bohnenlied gepriesen; „sie verhelfen dem gesunden Menschenverstand und dem natürlichen Rechtsgefühl zum Siege", so heißt es so schön in dem angeblich liberalen Blatt. Wir glauben, daß das natürliche Rechtsgefühl sich denn doch nicht mit dem Spruch des Bremer Disziplinargerichts deckt, durch welchen den Reformbestrebungen der Lehrer die schwersten Fesseln angelegt werden.

Harburg. Die Genickstarre fordert neue Opfer. Nachdem eins von den an Genickstarre erkrankten Kindern aus Wilhelmsburg im hiesigen Krankenhause verstorben ist, mußte die 20jährige Frieda Eggers wegen derselben Krankheit ins Krankenhaus überführt werden.

Otterndorf. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich auf der Geversdorfer Feldmark. Der 6jährige Sohn des Hofbesitzers Schlichting-Neuenseebogen kam unter die Walze, wobei er einen Schädelbruch erlitt, an dem er kurz darauf verschied.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Löwigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen

2. Distrikt. Versammlung Freitag, den 19. April, 8½ Uhr, bei Schröder, Lederstr.

H. T. V.

Festkomitee Freitag präzise 8½ Uhr.

Danksagung.

Allen denen, die meinem lieben Manne die letzte Ehre erwiesen und seinen Sarg so reich mit Kränzen schmückten, dem Holzarbeiter-Verband, sowie dem Herrn Pastor Arndt für die trostreichen Worte sagen hiermit ihren innigsten Dank.

A. Ludewigsen Wwe. und Kinder.

Ein leeres Zimmer zu vermieten.
Friedenstraße 65, II.

Zum ersten Juli ein **großes, leeres, heizbares Parterre-Vorderzimmer** mit etwas Zubehör zu vermieten.
Offerten unter **A. 15** an die Expedition.

Gesucht zu sofort **eine alleinstehende Frau oder Mädchen.**
An der Mauer 132, pt.

Wegen Erkrankung eine **Frau zur Aushilfe** für mehrere Wochen gesucht
Zu erfragen nachmittags Pelzerstr. 13 a, I.

Zu verkaufen **schwarzen Rock und Weste** für Kellner geeignet, **weiße Chiffonbluse** und Sonstiges. Schwartauer Allee 21 I.

Sofort zu verkaufen: **Eine noch gut erhaltene Hobelbank.** Augustenstr. 101 II.

Billig zu verkaufen **ein Sitz- und Liegewagen** ohne Verdeck. Kl. Burgstr. 21, Hth.

Billig zu verkaufen **ein noch gut erhaltenes Sopha.** Ratzeburger Allee 25a.

Zu verkaufen oder zu vermieten: **Eine 4 Meter Marktbude** mit oder ohne Trucräder, das **eine gebr. Kommode** billig. Marlistr. 29.

Fordere den Mann, welcher am gestrigen Tage die Kartoffeln von Fids Gasthof für Dabelstein abholte, auf, dieselben bei Fid wieder abzugeben. Der Abholer ist erkannt.

Kartoffelland

gut gedüngt, Rute 50 Pfg., hat noch abzugeben
Wesloe. Callies.

---

5 Pfg. pro Pfund aufwärts zahle für Hausstandslumpen, sowie die höchsten Preise f. Altmetalle u. Gummi. Alfstr. 37. Teleph. 1813.

Einem geehrten Publikum die ergebene Anzeige, daß ich im Hause

Hartengrube 46
ein Milch-, Butter- und Brot-Geschäft eröffnet habe.

Indem ich bitte, unter Zusicherung guter Bedienung mein junges Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen, zeichne
Hochachtungsvoll
August Schröder.

Misch-Kaffee

gutschmeckend und kräftig
Pfund 60, 80, 90 u. 100 Pfg.

H. Bülck

Kaffee- und Teehandlung
Fackstr. 149. Breitestr. 54.

Johannes Probst

Uhrmacher Marlistraße 29
Reparaturen unter Garantie prompt und billigst. Federn M. 1.50, Gläser v. 30 Pf. an.

Die Arbeiter-Garderoben

aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck Markt 4 **Otto Albers** Kohlm. 10.

sind vortheilhaft bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. U. A.:

Lederhosen	2,20—6,45
Maurerhosen	2,60—6,75
Schlosserhosen	1,88—5,25
Ueberziehhosen	1,08—2,35
Zwirn-Hosen	1,68—3,25

leinene Jacken, schräge und gerade, 1,28
Kajen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Maler-Mäntel erstaunlich billig.
Mützen von 30 Pfg. bis 1,28 M.
Rote Lubecamarken.

Uhrfeder einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.
Ernst Gentzen, Uhrmacher
Königstraße 62, b. d. Hüxstraße.

Versuchen Sie die Lübecker Rabatt-Margarine „Lubeca“,
sie ist schon in sehr vielen Geschäften zu haben.

Beerdigungs-Geschäft und Sarg-Magazin
von A. Brodersen, C. Behrens Nfl.
obere Agidienstraße 7. — Fernruf 1090.
Große Auswahl in Särgen und Einkleidungen.
(Genaue vorherige Kostenberechnung. (Eigenes Fuhrwerk.)

Durch unseren Verlag zu beziehen:

„Bilder aus Lübecks Vergangenheit“.

Zusammengestellt von
Theodor Schwartz.

Aus dem Inhalt des 639 Seiten umfassenden Werkes heben wir das Nachstehende hervor:

Das „wendische“ („Alt“)-Lübeck an der Schwartau. — Das „welfische“ Lübeck. — Das „kaiserliche“ Lübeck. — Das „reichsfreie“ Lübeck. — Das „hansische“ Lübeck. — Die ersten bürgerlichen Unruhen in Lübeck. — Der große nordische Krieg. — Jürgen Wullenwever. — Lübecks letzter hansischer Krieg. — Die Reiser'schen Unruhen. — Der große Bürger-Rezeß von 1669. — Gotteslästerungs- und Hexenprozesse in Lübeck. — Die lübeckischen Zünfte. — Die Gesellenverbände in Lübeck. — Lübeckische Sagen u. Volkspoesien. — Das kaiserlich-französische Lübeck. — Nach der Restauration. — Ueber die Zustände der inneren Stadt im vierzehnten, sechszehnten und achtzehnten Jahrhundert nebst einer Schilderung des Stadtbildes am Ende des achtzehnten Jahrhunderts.

Preis: brosch. Mk. 4.—, geb. in Leinwd. Mk. 5.—
oder in 20 Lieferungen à 20 Pfg.

Friedr. Meyer & Comp.
Buchdruckerei und Verlag des „Lübecker Volksbote“
Johannisstraße 46.

Bestellungen werden von unseren Kolporteuren zu jeder Zeit entgegengenommen.

Freitag, 19. April, abds. 8½ Uhr, Central-Hallen, Dankwartsgrube 20.

Großer wissenschaftlicher Lichtbildervortrag

nur für Damen.

Fräulein Minna Kube, Privatgelehrte aus Charlottenburg, Schülerin des Dr. Thure-Brandt, Dr. G. Schulze, Dr. Jablonowski (weiland) 1. Assistent am Königl. Anatomischen Institut Berlin, spricht über:

Wie erhalten wir uns gesunde, glückliche und schöne Frauen? Wie werde ich schön? Wie verhüten wir das Verblühen der Frauen? Wie schaffen wir für das Deutsche Vaterland einen kräftigen gesunden Nachwachs?

— Nur für Frauen und Mädchen über 18 Jahre! —

Deutsche Erholungsheim-Genossenschaft E. G. m. b. H.
Charlottenburg, Wielandstraße 17,
(Abteilung: Hygien. Frauenbund).
Der Einberufer:
Friedrich Frick.

Achtung Bauarbeiter!

Mitglieder-Versammlung
am Freitag, 19. d. M.
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstrasse 46-52.

Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Wahl von zwei Mitgliedern der Tarifkommission.
3. Maifeier.
4. Kartellbericht.
5. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Verein
für Seeretz und Umgegend.

Versammlung
am Sonnabend, 20. d. M.
abends 8 Uhr
im Vereinslokal.

Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Besprechung über die Maifeier.
3. Berichterstattung von der Kommunalvertreterkonferenz in Altona.
4. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht
Der Vorstand.

Ortskrankenkasse
in Lübeck.

Ordentliche
General-Versammlung
der Vertreter
am Sonnabend, 27. April,
abends 8½ Uhr
in Kempfer's Gesellschaftshaus (Bürgerverein), Königstraße 25.

Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht und Rechnungsablage.
2. Abnahme der Jahresrechnung und Entlastung des Vorstandes.
3. Beamtenetat: Festsetzung von Bestimmungen über Anstellung rc. der Beamten.
4. Wahlen zum Vorstande und Rechnungsprüfungsausschusse.
5. Sonstige Kassenangelegenheiten.

Die **Ersatzmänner** der Generalversammlungsvertreter können der Versammlung als **Zuhörer** beiwohnen.

Lübeck, den 5. April 1907.
Der Vorstand.

„Neu-Lauerhof“.

Am Sonntag, den 21. April 1907:

Große Entscheidungs-Ringkämpfe

von der Palmsonntag-Ringer-Konkurrenz
Konzert und Aufführungen
veranstaltet vom Athleten-Klub „Hansa“.
Eintritt zu den Ringkämpfen à Person 20 Pf.
Anfang 5 Uhr. Nachdem: **Tanz.**
Ende 2 Uhr.
Das Komitee.

BALL

des
Spar-Klub „Alles da“, Polierkrug
am Freitag den 19. April 1907
im Lokale Friedrichs-Hof.
Anfang 8 Uhr. Ende morgens.
Eintritt 50 Pf., eine Dame frei.
Einzelne Damen 20 Pf., wofür Garderobe.
Das Komitee.

Panorama
Breitestraße 53, 1. Etg.
Vom 14. bis 20. April:
Freiburg im Breisgau.
Herrliche Schwarzwald-Szenerien.

Hansa-Theater

Gastspiel
des
Berliner Apollo-Ensembles
mit seinen aufs glänzendste ausgestatteten Operetten von **Paul Lincke** in erstklassiger Darstellung.
Zum ersten Male in Lübeck.

Venus auf Erden

Große Ausstattungs-Operette in 6 Bildern von Bolten-Bäckers.
Musik von **Paul Lincke.**
In Berlin 300mal, vom Apollo-Ensemble in allen Großstädten Deutschlands 1000 mal mit dem größten Erfolge aufgeführt.

Vorher:
Ein Abenteuer im Harem.
Operette in 1 Akt von **Paul Lincke.**
Beide Operetten gelangen jetzt zur ersten Aufführung in Lübeck.

Grosses Ballett
Prima Ballerina: **Käte Schwebe.**
4 Solotänzerinnen,
30 Damen vom Corps de Ballett.
Ballettmeister: Signor **Ceruti.**

Vorverkauf bei Sager.

Morgen:
Dieselbe Vorstellung.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 90. Donnerstag, den 18. April 1907. 14. Jahrg.

Konferenz der Gemeindevertreter Schleswig-Holsteins und des Fürstentums Lübeck.

Die auf dem Provinzialparteitag zu Rendsburg beschlossene Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter im Agitationsbezirk fand am Sonntag bei Witthöft in Altona statt. Der Vorsitzende der Agitationskommission, Bartels, begrüßte die aus allen Teilen der Provinz erschienenen Vertreter und bemerkte, daß die Aussprache über die zur Verhandlung stehenden Punkte nur allgemeiner Natur sein könne, da keine Beschlüsse gefaßt werden könnten. Durch Austausch der Gedanken und Mitteilung der auf kommunalem Gebiete gemachten Erfahrungen solle befruchtend auf die weitere Tätigkeit der Stadtverordneten und Landgemeindevertreter eingewirkt werden.

Ins Bureau wurden die Genossen Bartels-Hamburg, Seeger-Kiel-Gaarden, Meyer-Stellingen und Claussen-Tönning gewählt.

Die Tagesordnung lautet: 1. Wichtiges aus der Stadt- und Landgemeindeordnung Schleswig-Holsteins. 2. Die Aufgaben der Sozialdemokratie in den Gemeindevertretungen.

Das Andenken unseres verstorbenen Genossen Auer wurde in der üblichen Weise geehrt. Beschlossen wurde die Absendung eines Begrüßungsschreibens an den in stiller Klause drei Monate lang Betrachtungen über die Preßfreiheit anstellenden Genossen Adler-Kiel (zur Zeit Neumünster), der sich auch auf kommunalpolitischem Gebiete große Verdienste erworben hat.

Wie die Mandatsprüfungskommission mitteilte, betrug die Zahl der Teilnehmer 85, davon fünf Mitglieder der Agitationskommission, ein Mitglied der Kommunalprogrammkommission, acht Stadtverordnete aus Kiel, Wandsbeck, Itzehoe, Tönning, Heiligenhafen und Eutin, sowie 71 Landgemeindevertreter.

Über Punkt 1 referierte Brecour-Kiel, der in großen Zügen die wichtigsten Bestimmungen der Städteordnung skizzierte und die Pflichten und Rechte des Magistrats und der Stadtverordneten behandelte. Eingehend schilderte er die Beschaffenheit des für die Städte geltenden Zensuswahlsystems und dessen Wirkungen, dabei betonend, daß es Pflicht unserer Genossen sei, stets rechtzeitig mit der Agitation zu den Wahlen einzusetzen. Die Bürgerrolle werde bekanntlich stets am 15. Juli ausgelegt. Einwendungen dagegen hätten bis zum 15. August zu erfolgen. Hieraus ergebe sich von selbst, daß die Agitation sich auch auf die Einsichtnahme in die Bürgerrolle erstrecken müsse, weil nur derjenige wählen dürfe, dessen Name in der Bürgerrolle verzeichnet sei. Bei der Erörterung der kleinen Städteordnung wies er auf den Streich des Tönninger Stadtverordnetenkollegiums hin, das sofort die Einführung der großen Städteordnung beschlossen habe, als es unseren Genossen gelang, zwei Stadtverordnete in das dortige Kollegium zu entsenden. Im Gegensatz zu der großen Städteordnung, die das Wahlrecht an einen Einkommensteuersatz von 60 Mk. bis 1500 Mk. binde, bewege sich der Zensus in den Orten mit kleiner Städteordnung zwischen 450 Mk. bis 900 Mk. Jetzt sei dem Tönninger Kollegium die Bahn freigegeben zur Erhöhung des Wahlzensus. Nachdem Redner das Wesen und die hauptsächlichsten Punkte der Landgemeindeordnung erörtert hatte, schloß er sein instruktives Referat mit der Aufforderung, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß die Sozialdemokratie Einfluß gewinne in den Gemeinden der Provinz.

Über den zweiten Punkt sprach Genosse Hinsche-Lägerdorf, der aus seiner Praxis als Gemeindevertreter ein anschauliches Bild davon gab, wie es in den Gemeinden aussehen müßte. Leider würden viele, namentlich die Bauerngemeinden, vom krassesten Egoismus beherrscht, von sozialem Empfinden und sozialpolitischem Verständnis sei fast nirgend eine Spur zu finden. Redner führte interessante Fälle an, wie man sich vielfach um die Leistungen auf dem Gebiete des Armenwesens herumzudrücken suche. Unter Hinweis auf die diesbezüglichen Punkte unseres Kommunalprogramms für die Provinz ging er auf die in den Gemeinden anzustrebenden Reformen ein.

In der recht lebhaft einsetzenden Debatte, an der sich Rosbitzki-Wandsbeck, Jakobsen-Lockstedt, Tamoschus-Schiffbeck, Krell-Sande, Münster-Münsterdorf, Brecour-Kiel, Gonder-Sülldorf, Claussen-Tönning und Meyer-Stellingen beteiligten, wurden die unterschiedlichsten kommunalen Dinge behandelt. Die meisten Redner erklärten sich für die Einführung der Steuer nach dem gemeinen Wert und der Wertzuwachssteuer, gegen welche Steuerarten kein Einspruch erhoben wurde. Tamoschus teilte mit, daß er bereits in der Schiffbecker Gemeindevertretung einen Antrag in der genannten Richtung gestellt habe. Daß auch das Schulwesen recht ausführlich behandelt wurde, bedarf wohl nicht weiterer Erwähnung. Mehrere Gemeindevertreter hoben hervor, daß sie stets für die Erhöhung der Lehrergehälter eingetreten seien, obwohl die Lehrer sich in fast allen Orten als die wütendsten Gegner der „Umstürzler" gezeigt hätten, wozu gar keine Ursache vorliege. Vielleicht würden die Lehrer mit der Zeit erkennen lernen, wo ihre wahren Freunde säßen.

Am Schluß der siebenstündigen Konferenz sprach der Vorsitzende seine Freude aus über die von großer Sachlichkeit und Gründlichkeit Zeugnis ablegende Debatte, in der viele beachtenswerte Anregungen gegeben seien, die sicher Beherzigung finden würden. Die von Gonder vorgeschlagenen Beratungskommissionen zwecks Erörterung kommunaler Angelegenheiten unter Hinzuziehung der betreffenden Gemeindevertreter halte er für zweckmäßig; ob sie sich aber überall als praktisch erweisen werden, vermöge er nicht positiv zu behaupten. Vielleicht könne in solchen Orten auch ein einzelner Genosse hinzugezogen werden. Die heutige Konferenz lege ferner Zeugnis davon ab, daß es in einer großen Anzahl von Gemeinden sozialdemokratische Vertreter gebe, von deren Existenz man zum Teil keine Ahnung hatte. Bezüglich der Berichterstattung über Kommunalwahlen rc. hapere es sehr, vielfach erhielten nicht einmal die Wahlkreisleitungen hiervon Kenntnis. In Wirklichkeit sollten über 100 Gemeindevertreter in der Provinz ihres Amtes walten. Mit dem Wunsche, daß die Aussprache der Partei zum Vorteil gereichen werde, schloß der Vorsitzende um 6½ Uhr abends die Konferenz.

Wie wird das deutsche Volk im Reichstage vertreten?

Das Ergebnis der Reichstagswahlen vom 25. Januar resp. 5. Februar d. Js. ist zwar schon in der Presse aller Parteien nach den verschiedensten Richtungen hin kommentiert worden. Die in dieser Überschrift aufgeworfene Frage erscheint deshalb auf den ersten Blick eine überflüssige zu sein. Sie ist es aber keineswegs. Das Wahlresultat ist noch nach einer besonderen Richtung hin sehr interessant, nämlich nach der, wie sich die Einwohnerzahl Deutschlands auf die sozialdemokratisch, konservativ, freisinnig, von Zentrums-Abgeordneten usw. vertretenen Wahlkreisen verteilt. Leider liegt nun das amtliche Ergebnis der Volkszählung von 1905 noch nicht soweit vor, daß man eine genaue Feststellung nach dieser Richtung hin treffen kann. Dafür kann man aber an der Hand der Wahlstatistik der letzten Reichstagswahlen eine Feststellung treffen, die zur Genüge zeigt, wie sehr die ungleichmäßige Wahlkreiseinteilung, die nicht den Verschiebungen der Bevölkerungszahlen folgt, die großstädtische Industriearbeiterschaft vor der ländlichen Bevölkerung benachteiligt. Z. B. entfielen am 25. Januar auf 29 im ersten Wahlgange gewählte sozialdemokratische Abgeordnete 999 637 Wahlstimmen, während auf 40 im ersten Wahlgange gewählte konservative Abgeordnete nur 501 533 Stimmen entfielen. Großstädtische Industriearbeiter mußten also im Durchschnitt in einer Anzahl von 34 470 an die Wahlurne gehen, um ihrem Kandidaten zum Siege im ersten Wahlgange zu verhelfen, während in den ländlichen konservativen Domänen schon 12 538 Wähler genügten, um dasselbe zu erreichen. Der großstädtische Industriearbeiter hat also im Durchschnitt nur etwas mehr als ein Drittel soviel Wahlrecht, als der ländliche konservative Wähler.

Wie verteilen sich nun aber die zirka 13¼ Millionen Wähler, die bei der letzten Wahl in die Wählerliste eingetragen waren, auf die Wahlkreise, die Sozialdemokraten, Konservative, Nationalliberale, Freisinnige, Zentrumsabgeordnete usw. nach dem Reichstage entsandt haben? Die nachstehende Tabelle gibt darüber Aufschluß. Man ersieht daraus, wie sich die Gesamtzahl der Wahlberechtigten auf die von den verschiedenen Parteien vertretenen Wahlkreise verteilt und ebenso wie sich die Zahl dieser Wahlberechtigten in den einzelnen Kreisen zur Gesamtzahl der Wahlberechtigten verhält. Weiter ersieht man die Zahl der Abgeordneten, die die einzelnen Parteien stellen und welchen Prozentsatz diese zur Gesamtzahl der Abgeordneten liefern. Endlich ist noch angegeben, wieviel Wahlberechtigte im Durchschnitt auf einen sozialdemokratisch, freisinnig, nationalliberal usw. vertretenen Wahlkreis entfallen.

Parteistellung der Abgeordneten*)	Zahl der Wahlberecht. in den betr. Wahlkreisen	Prozent aller Wahlberechtigten	Zahl der Abgeordnet.	Prozent der Abgeordnet.	Zahl der Wähler auf einen Abgeordn.
Sozialdemokraten	**2 917 866**	**22,1**	**43**	**11,0**	**69 029**
Zentrum	3 110 153	23,5	105	26,9	29 690
Nationalliberale . .	1 713 904	13,0	56	14,3	30 605
Konservative . . .	1 618 231	12,2	63	16,1	25 686
Freis. Volkspartei .	909 129	7,5	28	7,1	35 683
Reichspartei. . . .	649 491	4,9	24	6,1	27 062
Polen	624 254	4,7	20	5,1	31 212
Wirtsch. Vereinigung	545 609	4,1	20	5,1	27 280
Freis. Vereinigung	551 517	2,6	14	3,8	25 108
Deutsche Volkspartei	246 596	1,8	7	1,7	35 228
Elsässer	231 888	1,7	9	2,3	25 765
Antisemiten	154 713	1,1	6	1,5	25 785
Dänen	19 698	0,1	1	0,2	19 698

Diese Aufstellung fordert geradezu gebieterisch eine Neueinteilung der Wahlkreise nach dem letzten Volkszählungsergebnis. Von einem gleichen Reichstagswahlrecht kann heute nicht mehr im entferntesten die Rede sein. Am schlechtesten schneidet bei der jetzigen Wahlkreisein-

*) Die Hospitanten sind dabei denjenigen Parteien zugezählt denen sie sich als solche angeschlossen haben. Unparteiische sind denjenigen Parteien zugezählt, denen sie am nächsten stehen.

Der Holzhändler.

Roman von Max Kretzer.

1. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Darf ich Ihnen einen halben anbieten, Herr Baron?" fragte Dulters sofort höflich und gab dem Oberkellner, der leise eingetreten war, zugleich den Auftrag, noch ein Besteck zu bringen.

Niebusch aber winkte eindringlich ab. „Nee, nee, lassen Sie nur .... Ich danke sehr, lieber Dulters. Um diese Zeit noch — ? Ich möchte mich doch nicht gerne um meinen Schlaf bringen. Jeder hat nicht solch' einen Magen wie Sie. Ich glaube gar, Sie könnten Kanonenkugeln verdauen."

„Das kriegt er fertig. Ganze Wälder hat er ja schon aufgefressen," bemerkte der Rittmeister Tollen wieder und klopfte Dulters zugleich wie zur Beruhigung auf die Schulter, als wollte er ihn damit durchaus nicht beleidigt haben.

„Ihre auch, Herr Rittmeister?" gab Dulters durchaus nicht böse zurück, lächelte aber überlegen.

„Da haben Sie Ihren Kitt", sagte Niebusch und lachte dann aus vollem Halse, so daß sein weinseliges Gesicht noch röter wurde. Klein und behäbig, voll steter Beweglichkeit, zeigte er durchaus nichts Aristokratisches nach landläufigem Begriff. Die Jahre hatten ihm die Haare weggefegt und ihm nur noch am Hinterkopf und an den Schläfen einige gelassen, die er, nervös über den kahlen Schädel streichend, auffallend oft zu liebkosen pflegte, als wollte er sie zu längerem Verweilen ermuntern. Aber diese Hand, schmal, lang und spitz, war von wahrhaft adeligem Gepräge, sozusagen das Zeichen seiner Rasse, mit der er gern und oft kokettierte, die aber auch ebenso oft durch den langen, hängenden Schnurrbart fuhr, der sich bisher noch tapfer gegen die Mode des nach oben Drehens gesträubt hatte.

Rittmeister von Tollen war durchaus kein Feind von guten Scherzen. „Wollte Gott, Dulters, ich hätte noch welche, die ich Ihnen zum Auffressen geben könnte," sagte er gutmütig, mit einem stillen Seufzer. Aber meine Sippe hat dafür gesorgt, daß für mich nicht mehr viel übrig blieb. Seitdem das Majorat flöten ist, ist's überhaupt Essig. Auf Tollenrode hatten wir einen Bestand, daß Sie Ihre Freude dran gehabt hätten. Jedes Jahr für fünfzehntausend Taler Wahlstämme. Und was für eine Kultur nach einer Abholzung! Glatt wie die Pilze in die Höhe geschossen. Nun machen Sie sich 'n Bild. Und des alles unter den Hammer kommen zu sehen! Verflucht noch 'mal!"

Man sah ihm an, daß er sich seinen Ärger verkniff. Eine frisch angezündete Zigarre zwischen den Lippen, verfolgte er ihre Rauchwolken und hielt dabei die Arme über der Brust verschränkt. Aus dem schmalen, gebräunten Gesicht mit der leicht gekrümmten, scharf hervorspringenden Nase und den großen, grauen Augen sprach norddeutscher Typus. Die zahlreichen Krähenfüße um die Augen, der hagere, aber sehnige Hals ließen ihn älter erscheinen, als er wirklich war. Die Tollkühnheit in Hoppegarten hatte den letzten Jugendschimmer verschwinden lassen und ihn zähe gemacht wie Leder.

Dulters, der diese Verhältnisse genau kannte, versuchte ihn zu trösten.

„Warten Sie nur, Herr Rittmeister, dafür haben Sie mehr Glück auf dem grünen Rasen. Der große Ramsch bleibt Ihnen doch noch 'mal sicher."

„Das schmilzt ja doch alles wie Blei, die Manichäer holen alles," erwiderte Tollen und erhob gewohnheitsgemäß zum zweitenmal die leere Flasche gegen das Licht, bei sich überlegend, ob er noch eine bestellen solle oder nicht.

„Nur nicht melancholisch werden um diese Zeit." sagte Niebusch wieder.

„Das sage ich auch, Herr Baron," fiel Dulters ihm ins Wort. „Deshalb möchte ich mir erlauben, die Herren noch zu einer Flasche Pommery einzuladen,"

„Dacht ich's doch! Sie scheinen ohne Sekt nicht leben zu können," platzte Niebusch hervor, der auf diesen Augenblick nur gewartet hatte.

„Man muß den Kummer herunterspülen," erwiderte Dulters durchaus ernst.

„Sie und Kummer? Na, hören Sie 'mal! Mir können Sie's ja sagen." Niebusch lachte aus vollem Halse, als hätte er einen guten Witz gehört.

„Mein ganzes Leben war ein einziger großer Kummer," sagte Dulters nun mit einem Gesicht, aus dem man nicht klug wurde.

„Er weiß nämlich niemals, wo er das ville Feld unterbringen soll," bemerkte der Rittmeister zu Niebusch gewendet. Er hatte seine üble Stimmung schnell vergessen und ließ sich unter näheren Bekannten gern in seiner Sprechweise gehen.

„Der Arme tötet seinen Kummer durch Fusel und der Reiche durch Sekt," fuhr Dulters ohne Lächeln fort, „denn in dieser Beziehung haben beide nichts voraus. Es fragt sich nur, wer glücklicher dabei ist, der Arme oder der Reiche."

„Jedenfalls beide, wenn sie ordentlich duhn sind," warf Niebusch wieder ein.

„Das sagen Sie so. Glücklicher ist doch auf alle Fälle der Arme, denn für den Kater am anderen Tage fehlt ihm das gemütvolle Verständnis. Er sieht nur das graue Elend. Der Reiche jedoch sieht dasselbe Elend in seinem Glanze und deshalb ist er eben der Unglücklichere."

„Der sich aber am Abend wieder Sekt kaufen kann," meinte der Rittmeister.

Dulters zuckte mit den Achseln. „Geld macht nicht glücklich," sagte er dabei mit derselben unerschütterlichen Ruhe.

Zu einer anderen Stunde hätte man vielleicht seinen Worten eine tiefere Bedeutung beigelegt, um diese Zeit jedoch, wo die Weingeister in den Köpfen lustig rumorten, brachte man ihm nur humoristisches Verständnis entgegen. Er hatte bereits vorher Anton den nötigen Wink gegeben, und so perlte der Champagner nun in den Kelchen.

Am anderen Ende der Tafel saßen noch drei Herren, die bisher in ein eifriges Gespräch vertieft waren, so daß sie von Dulters nur oberflächlich Notiz genommen hatten. Zwei derselben kannte er bereits, sie hatten sich auch an der lauten Begrüßung beteiligt. Der eine war ein früherer Rittergutsbesitzer, der sein Geld mit Anstand in Berlin verzehrte, und der zweite ein Herr, der den Titel Konsul führte, ohne daß man jemals recht klug daraus geworden wäre, wo er sein Konsulat eigentlich gehabt habe. Der dritte war Dulters völlig fremd. Es war ein noch junger Mann mit auffallend hübschen Zügen, dessen glänzend dunkles, in der Mitte gescheiteltes Haar und die lebhaften Braunaugen ganz besonders auffielen. Das kleine Schnurrbärtchen stand ihm vortrefflich, und, wenn er lachte, was während der Unterhaltung sehr oft geschah, so blitzten zwei Reihen weißer Zähne

teilung natürlich die Sozialdemokratie ab. Es wohnen in den von ihnen vertretenen Wahlkreisen nicht weniger als 22,1 Proz. aller Wahlberechtigten, während sie nur 11 Prozent aller Abgeordneten stellt. Am meisten profitieren die rechtsstehenden Parteien durch die ungleichmäßige Wahlkreiseinteilung. In den von Konservativen, Reichsparteilern, von Abgeordneten der Wirtschaftlichen Vereinigung und Antisemiten vertretenen Wahlkreisen wohnen nur 22,4 Proz. aller Wahlberechtigten, während diese Parteien zusammen 28,8 Proz. aller Abgeordneten stellen. Aber auch die bürgerliche Linke, wenn man heute noch überhaupt von einer solchen sprechen kann, profitiert dabei. Die beiden freisinnigen Parteien und die Deutsche Volkspartei stellen zusammen 49 Abgeordnete, die Wahlkreise mit 1 797 242 Wahlberechtigten oder 11,3 Proz. aller Wahlberechtigten vertreten, stellen aber 12,5 Proz. aller Abgeordneten. Ebenso schneiden die Nationalliberalen und das Zentrum, von dieser Seite aus betrachtet, zu günstig ab.

Man ersieht hieraus, daß es im wesentlichen nur die Sozialdemokratie ist, die unter der ungleichmäßigen Wahlkreiseinteilung zu leiden hat. Großstädtische Industriearbeiter sind es, die entrechtet werden. Um so gebieterischer drängt sich uns die Aufgabe auf, eine Neueinteilung der Wahlkreise zu fordern.

Soziales und Parteileben.

Die Machtprobe der Holzindustriellen. Die Scharfmacher in der Düsseldorfer Holzindustrie hatten zum 10. April eine außerordentliche Generalversammlung für sämtliche Schreinermeister am Orte einberufen, um zu den in Dresden gefaßten Beschlüssen auch ihrerseits Stellung zu nehmen. Von den am Ort ansässigen 400 Schreinermeistern waren ganze 20 Mann erschienen, obwohl in dem Einladungszirkular an die Ehrenpflicht appelliert und ersucht wurde, nicht durch Abwesenheit zu glänzen. Dieser schwache Besuch hat die versammelten Scharfmacher aber nicht abgehalten, folgendes Zirkular loszulassen, das unser Düsseldorfer Parteiblatt veröffentlicht:

Arbeitgeberverein der Holzindustrie und Schreinerinnung Düsseldorf.

Düsseldorf, den 12. April 1907.

An unsere Mitglieder!

Zu der außerordentlichen gemeinsamen Generalversammlung vom 10. April wurden eine Reihe Herren gewählt, welche in den nächsten Tagen alle Betriebe daraufhin kontrollieren sollen, ob Schreiner aus den im Lohnkampf befindlichen Orten hier beschäftigt werden.

Abgesehen von der Ehrenpflicht, unsere kämpfenden Kollegen durch Nichteinstellung von deren Leuten zu unterstützen, machen wir wiederholt darauf aufmerksam, daß es satzungsgemäß bei hoher Strafe verboten ist, Streikende und Ausgesperrte aus Verbandsorten zu beschäftigen.

In Frage kommen folgende Orte:
1. Berlin und Vororte, 2. Kiel, 3. Burg, 4. Lübeck,
und zwar seit Anfang Januar,
5. Bernau, 6. Dresden, 7. Leipzig, 8. Halle, 9. Görlitz, 10. Spandau, 11. Barmen,
diese seit Ende März.

Da mehrfach die Schreiner kurze Zwischenstellen in anderen besonders kleinen Vororten benützt haben, um so ihre Herkunft aus Streikorten zu verschleiern, wolle man nicht nur die letzte Stelle prüfen, sondern an Hand der je nach Provinzen verschiedenen Quittungsmarken auf den Invalidenkarten genau feststellen, ob einer der obigen Orte in Frage kommt.

In diesen Fällen sind die betreffenden schleunigst zu entlassen, selbstredend unter Wahrung der gesetzlichen Vorschriften in bezug auf etwaige Kündigungsfrist und Vollendung von Akkorden.

Die Personalien derartiger Leute bitte dem Vorsitzenden des Arbeitgebervereins umgehend zu melden, ebenso wie etwaige zweifelhafte Fälle.

Freiwillige Beiträge für Berlin und die anderen Kampforte bitte den mit der Sammlung beauftragten Herren Karl Stürmann und Werschkull oder direkt dem Kassierer des Arbeitgebervereins Herrn Gotthelf Neumann baldigst zu überweisen.

Mit kollegialem Gruße:
Der Vorsitzende des Arbeitgebervereins
Paul Siebel.
Der Obermeister der Schreiner-Innung
Heinr. Fuchs.

„Helf, was helfen mag," denkt man im Scharfmacherlager. Die Herren, die immer vom Terrorismus der Arbeiterschaft faseln, verlangen in diesem Zirkular die Ausübung von Terrorismus der allerschlimmsten Art. Bei hoher Strafe wird den Meistern verboten, Arbeiter, welche ihre ehrliche Ueberzeugung bekunden, zu beschäftigen und Arbeitswillige eventuell an der Arbeit zu hindern. Wird der Staatsanwalt sich auch in diesem Falle als die objektivste Behörde der Welt erweisen und solchem Gebaren seine Aufmerksamkeit schenken? Offener ist noch niemals gegen den § 158 der G.-O. verstoßen worden. Man fordert nicht nur, daß die Leute entlassen werden sollen, man will auch noch die Personalien der so aus Lohn und Brot Gebrachten wissen, um sie für alle Zeiten brandmarken zu können.

Das aussperrungswütige Unternehmertum. In Langenbielau kündigten 150 Arbeiter der Färberei Liehr. Darauf erließen die im schlesischen Textilverband organisierten Fabrikanten einen Anschlag, nach welchem allen im Textilarbeiterverband organisierten Arbeitern zum 4. Mai gekündigt werden soll, wenn nicht bis zum Freitagabend die Arbeiter der Firma Liehr ihre Kündigung zurückziehen. In betracht kommen bei der eventl. Aussperrung etwa 12 000 Arbeiter.

Verbandstag der Zimmerer. Am zweiten Tag wurde folgender Antrag des Zentral-Vorstandes angenommen: „Die 17. Generalversammlung beschließt, alljährlich bis zu 20 Mitgliedern an den Unterrichtskursen der Generalkommission, welche in Berlin stattfinden, auf Kosten des Verbandes teilnehmen zu lassen. Vorbedingung zur Teilnahme ist in der Regel eine sechsjährige ununterbrochene Mitgliedschaft im Zentralverbande und muß jeder um die Teilnahme Nachsuchende imstande sein, seinen Lebenslauf schriftlich wiederzugeben. Über die Teilnahme der Mitglieder an den Kursen entscheidet der Zentralvorstand in Verbindung mit dem Verbandsausschuß. Die Entschädigung der Teilnehmer ist wie folgt zu regeln: Die Angestellten des Zentralverbandes erhalten außer ihrem Gehalt das Fahrgeld dritter Klasse und 5 Mk. Diäten pro Tag. Teilnehmer aus Mitgliederkreisen erhalten Fahrgeld dritter Klasse und 5 Mark Diäten pro Tag, wenn sie ledig sind; Verheiratete sollen außer Fahrgeld und 5 Mk. Diäten eine Entschädigung in Höhe des entgangenen Arbeitsverdienstes erhalten. Die sich aus Berlin und nächster Umgebung meldenden verheirateten Teilnehmer erhalten eine Entschädigung in Höhe des entgangenen Tagelohnes." — Zur Regelung der Gehälter der Verbandsangestellten wird eine Kommission von 7 Personen, ein Vertreter des Hauptvorstandes und ein Vertreter vom Ausschuß gewählt. Eine lebhafte Debatte entspann sich um die Anträge von Nürnberg, Frankfurt a. M., Halle und Pinneberg, welche besagen, daß Mitglieder, welche wegen Beteiligung an der Maifeier gemaßregelt werden, aus der Zentralkasse unterstützt werden. Die Anträge wurden abgelehnt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Die Jahresabrechnung für 1906, die der Vorstand in Nr. 15 der „Metallarbeiter-Zeitung" veröffentlicht, zeigt wieder einen bedeutenden Fortschritt des Verbandes. Die Mitgliederzahl stieg um 75 583, von 259 692 im Jahre 1905 auf 335 075 (320 103 männliche, 14 972 weibliche). Mit Ausnahme der einen Branche der Installateure und Rohrleger weisen alle Branchen eine Zunahme an Mitgliedern auf. Am beträchtlichsten war sie bei den Drehern mit 5663, Formern und Gießereiarbeitern mit 7855, Goldarbeitern rc. mit 6849, Bau- und Maschinenschlossern mit 15 137, Bohrern, Fräsern, Hoblern mit 15 953. Die Zunahme der Arbeiterinnen war 4737. Der Verlust von 203 Installateuren und Rohrlegern ist die Folge der in Berlin verübten Reittreiberei Wiesenthals. Die Reineinnahmen des Verbandes betrugen, soweit die Hauptkasse in Betracht kommt, 8 011 905,67 Mk. (1905: 5 107 717,41 Mk.), wovon auf Eintrittsgelder 80 772,70 Mark, auf Beiträge 7 877 955,10 Mk., auf sonstige Einnahmen 43 881,47 Mk. entfallen. Die Ausgaben für Unterstützungen betrugen: Reisegeld 243 409,03 Mk., Erwerbslosenunterstützung: a) bei Krankheit (½ Jahr) 719 664,35 Mark, b) bei Arbeitslosigkeit 568 138,99 Mk., Streikunterstützung 2 816 390,80 Mk., Rechtsschutz 73 902,21 Mk., Maßregelungen 214 647,27 Mk., besondere Notfälle 65 680,30 Mk., Umzugsunterstützung 79 900,79 Mk., Sterbegeld (½ Jahr) 16 981,70 Mk. Zusammen 4 808 715,44 Mk. Für Unterstützungen wurden auch aus den Lokalkassen große Summen verausgabt, allein für Streikunterstützung mehr als 700 000 Mark. Die Ausgaben bei Streiks und Aussperrungen erhöhten sich gegen 1905 um rund 695 000 Mk. Von den weiteren Ausgaben seien noch erwähnt: Agitation 191 549,05 Mark, „Metallarbeiter-Zeitung" 243 106,11 Mk., Aufrechterhaltung internationaler Beziehungen 6215,25 Mk., Beiträge an die Generalkommission 37 284,48 Mk., Kosten der Bezirksleiterkonferenzen 9071,95 Mk., Kosten des Besuchs der Arbeiterwohlfahrtsausstellung in Berlin 7439,80 Mk., an die Verwaltungsstellen (20 Prozent der Beiträge) 1 406 049,05 Mark, Verwaltungskosten (a) persönliche 46 973,53 Mk., b) sächliche 83 607,37 Mk.) 130 580,90 Mk., sonstige Ausgaben 103 065,39 Mk. Das Vermögen des Verbandes erhöhte sich von 2 177 198,44 Mk. auf 2 599 650,49 Mk. Die Abrechnung ist der beste Beweis, daß der Kampf, den der Metallindustriellen-Verband im vorigen Jahre gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband führte, wirkungslos gewesen ist. Wie die „Metallarbeiter-Zeitung" bemerkt, wird der Beweis dafür noch ergänzt werden durch die in einigen Wochen erscheinende Gesamtstatistik über die Kämpfe und Erfolge des Verbandes im Jahre 1906 und durch die Abrechnung seiner Lokalkassen.

Ein eigenes Heim in gewissem Sinne haben nun jetzt auch die Gewerkschaften und die Partei in Jena errungen. Mit dem neuen Besitzer des Gasthauses „Zum Löwen", in dem die organisierte Arbeiterschaft schon seit Jahren verkehrt, H. Scharrer, wurde ein auf zehn Jahre geltender Vertrag abgeschlossen, der die beiderseitigen Rechte regelt. Auf Grund dieses Vertrages wurde nach Niederlegung des Hintergebäudes ein Neubau aufgeführt, der einen Saal für 800 bis 900 Personen, verschiedene Vereinszimmer und Herbergsräume enthält. Neben der Lokalkalamität hat hauptsächlich die Herbergsfrage den Anstoß gegeben. Nach jahrelangen vergeblichen Bemühungen kann nun endlich den durchreisenden Gewerkschaftskollegen auch in Jena ein würdiges Unterkommen geboten werden. Für die großen Veranstaltungen steht den einzelnen Korporationen nach wie vor das Volkshaus der Karl Zeiß-Stiftung, in dem der Parteitag abgehalten wurde, zur Verfügung. Das neue Heim wurde vor einigen Tagen seiner Bestimmung übergeben.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksbote".

Berlin, den 17. April 1907.

31. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Graf Posadowsky.

Auf der Tagesordnung steht Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats für das Reichsamt des Innern, Kapitel Reichsgesundheitsamt.

Dr. David (SD.) [zur Geschäftsordnung]: Ich beantrage, von den bei diesem Kapitel zur Verhandlung kommenden Fragen die Weinfrage gesondert zu beraten.

Mehrere Abgeordnete sprechen sich in gleichem Sinne aus.

Es wird sodann beschlossen, die Weinfrage zuerst zu beraten.

Präsident Graf Stolberg: Meine Herren, ich muß Sie bitten, sich noch einmal zum Wort zu melden, da ich doch nicht wissen kann, wer von den Herren, die zum Wort gemeldet sind, zur Weinfrage sprechen will.

(Es entsteht ein Sturmlauf der Abgeordneten zu den Sitzen der Schriftführer, die im Augenblick von etwa 80 Abgeordneten umlagert sind. (Schall. Heiterk.)

Mit zur Verhandlung steht eine Resolution des Zentrums behufs einer Revision des Gesetzes, betreffend den Verkehr mit Wein; danach sollen zur Ausführung des Weingesetzes und zur Überwachung des Weinbaues und Weinhandels besondere Beamte angestellt und jede Weinhandlung der zuständigen Verwaltungsbehörde angemeldet werden; ferner soll die ständige Führung eines Lagerbuches zur Pflicht gemacht, der Zusatz von Zuckerwasser wirksamer eingeschränkt, die Deklarationspflicht für den Verschnitt von Rotwein mit Weißwein festgesetzt, und jede absichtliche Übertretung des Gesetzes mit Freiheits- und Geldstrafe geahndet werden.

Dr. Ruegenberg (Z.) (Bei der großen Unruhe zuerst sehr schwer verständlich.) Bei der letzten Besprechung des Weingesetzes sind die Zustände im deutschen Weinhandel

---

auf, was seinem Wesen einen andauernd freundlichen Zug gab.

Dulters, der ihm an der anderen Schmalseite des Tisches gegenüber saß, hatte das alles, während er sich mit seinem Hummer und den übrigen beschäftigte, bereits beobachtet, und wiederholt die Gelegenheit wahrnehmen wollen, sich näher nach ihm zu erkundigen. Nun aber hielt er es doch an der Zeit zu erfahren, mit wem er anstoßen werde.

„Ich glaube, Sie kennten sich schon," sagte Baron von Niebusch und fügte hinzu, daß er „das Geschäft" sofort besorgen wolle. Und so erhob er sich und sagte pathetisch: „Erlauben Sie, mein lieber Herr von Passen, daß ich Ihnen hier unseren Herrn Dulters vorstelle, den berühmten König der Wälder. Wenn er dagegen protestieren sollte, so nehmen Sie, bitte, gar keine Notiz davon. Er herrscht nicht nur über uns, sondern er hat uns auch tatsächlich in der Tasche. Ich möchte Ihnen also raten, junger Mann —: stellen Sie sich von vornherein gut mit ihm und bezeugen Sie ihm die nötige Ehrfurcht.

Dulters, der wohl verstand, daß man ihn ein wenig aufziehen wollte, verlor seinen Gleichmut nicht, tat vielmehr so, als verstünde sich das alles von selbst, ebenso wie die übrigen es für selbstverständlich fanden, daß man seinen Sekt niemals verschmähte. Er hatte mit der Zeit von ihnen gelernt. „Ehrt mich sehr, Herr Baron", sagte er mit einem Kopfnicken. Im Laufe der Jahre war es ihm zur Gewohnheit geworden, auch jeden „einfachen" Adeligen mit Baron anzureden, was weniger mit seiner persönlichen Neigung dazu, als mit den ausgedehnten Geschäften zusammenhing, die er mit dem Adel machte. Da er den Namen Passen als den einer begüterten schlesischen Adelsfamilie kannte, so witterte er sofort irgend eine neue Verbindung, und dadurch fühlte er sich zur persönlichen Annäherung verpflichtet. Schon hatte er das Sektglas ergriffen und wollte nun auf Herrn von Passen zugehen, als dieser in die Höhe schoß, sich in seiner ganzen schlanken Größe zeigte und ihm entgegenkam.

„Aber ich bitte Sie, Herr Dulters — bemühen Sie sich nicht. Es geziemt sich wohl für den Jüngeren, dem Alter Ehrerbietung zu zollen. Freut mich außerordentlich, Sie kennen zu lernen."

Das Kelchglas in der Hand, war er um den Tisch herumgetänzelt, ungefähr wie jemand, dem es außerordentlich Spaß macht, sich stets von der liebenswürdigen Seite zu zeigen.

„Ei, ei, sehen Sie doch ihren Neffen an," raunte der Konsul dem ehemaligen Rittergutsbesitzer zu, der wieder dabei war, sich seinen langen, über die Brust wallenden Bart zu streichen. „Er ist doch ein lieber Schwerenöter."

„Und immer ohne Absicht", war die Antwort, begleitet von einem Lächeln, aus dem der Konsul nicht ganz klug wurde.

„Sehr nett von Ihnen, Herr Baron", gab Dulters zurück, der dieses Benehmen des jungen Mannes sehr charmant fand. Noch im Zweifel, ob es einer aufrichtigen Regung entspreche, oder nur Maske sei, sah er Passen fest in die Augen und stieß mit ihm an. Zugleich aber sagte dieser zu ihm: „Bitte aber, mich nicht Baron zu nennen. Ich habe wirklich kein Talent dazu, es zu werden."

Nun wußte Dulters Bescheid. Wer so sprach, war sein Mann. Es passierte ihm zum erstenmal in seinem Leben, daß ein Herr von Adel sich gegen eine Anrede verwahrte, die doch seiner Erfahrung nach bisher alle einfachen „Von's" ruhig eingesteckt hatten, als hätte der liebe Gott den Barontitel für alle Adeligen geschaffen.

„Na, dann also auf Ihren Kummer", wandte sich Rittmeister von Tollen mit vollem Kelch wieder an ihn.

„Ja, lassen wir einmal den Kummer unseres Königs der Wälder leben", fiel Niebusch mit schwerer Zunge ein.

Alle stießen an, so daß die Kelche laut klirrten; Dulters leerte den seinigen mit einem langen Zug. Und während er dabei die Augen geschlossen hielt, tauchte ein Gewensk vor seiner Seele auf, drohend und schrecklich, das er allein nur verstand und begriff. Und wenn sie alle sich auch über seinen Kummer lustig machten, er hatte doch recht: das beste Mittel dagegen war, sich zu betäuben. Hastig griff er zur Flasche, füllte das Glas mit zitternder Hand und leerte es aufs neue in einem Zuge.

Nur nach Ruhe, nach vorübergehender Ruhe lechzte seine Seele.

II.

Die Stimmung durch den Sekt machte sich bald bemerkbar. Sein sprühender Atem verscheuchte die Müdigkeit, und sobald er frisch im Glase perlte, regten sich die Lebensgeister der Gäste aufs neue, und dann schossen witzige, übermütige Bemerkungen über die Lippen. Dulters hatte echt Importierte mit „goldener Leibbinde" kommen lassen. Unter einer Mark fünfzig das Stück rauchte man überhaupt nicht. Er ließ sich niemals lumpen. Döppel, der bekannte Traiteur, hatte es sich nicht nehmen lassen, persönlich auf der Bildfläche zu erscheinen und die Kiste herumzureichen.

In seinem tadellosen Smoking, die Tuberose im Knopfloch, trug er sein Burgundernasengesicht mit jener Vertrauensseligkeit zur Schau, die sich der Inhaber eines Restaurants ersten Ranges seinen Stammgästen gegenüber gestatten darf. Stets liebenswürdig und zuvorkommend, vergaß er nie die Ehre zu schätzen, die ihm zuteil wurde, sobald er hin und wieder inmitten der „Uniform und des hohen Adels", wie er sich auszudrücken beliebte, auf längere Zeit geduldet wurde. Er war schon dankbar dafür, wenn man ihn hier mit jener herablassenden Intimität behandelte, die außerhalb seiner vier Wände gewöhnlich zu verlöschen pflegte.

Es war warm geworden in dem kleinen Raum. Lange Schwaden blauen Dampfes lagerten über dem Tisch, umzogen den vergoldeten Vierflammer an der Decke und verteilten sich wie ein sanfter Nebel über die Holztäfelung, deren Gold bereits erloschen war, und verkrochen sich dann in der schweren Stoffgardine am Fenster und in dem verschossenen Damastüberzug des ausgesessenen Sofas, über dem der schwere, ovale Spiegel das bewegte Bild am Tische wie in einem Dämmerungsflor wiedergab.

Inmitten der erhitzten Köpfe bewahrte Dulters eine merkwürdige Ruhe. Er konnte eben gehörig einen „Stiebel" vertragen, wie der Rittmeister von ihm sagte. Seine Willenskraft blieb immer dieselbe. Sobald er den Kopf dick werden fühlte, hörte er mit Trinken auf. Es lag ihm nur daran, immer in Stimmung zu bleiben, und seine Gedanken von einem bestimmten Punkte abzulenken. Und dafür sorgten schon die anderen mit ihrer Heiterkeit und mit ihrem Gewirr von Gesprächen.

„Aber nun sagen Sie 'mal, lieber Dulters, was ist denn heute los? Sie ponieren ja wieder ordentlich," redete ihn Baron Niebusch durch den Dampf seiner Upman an.

„Was soll denn los sein? Nichts." Dulters ärgerte sich wieder, denn dieselbe Frage tauchte immer wieder auf, sobald er seine Freigebigkeit zeigte. Als ob man nicht schon längst wußte, daß es ihm großen Spaß machte, sich so zu zeigen!

„Er wird wieder einen Wald abgeschlachtet und mächtig Pinke in die Asche gekriegt haben," warf der Rittmeister ein. „Ich wette, daß Sie diesmal aus Sibirien kommen. Vielleicht haben Sie sogar ein paar junge Eisbären draußen in Ihrem Pelz? . . . Anton, sehen Sie 'mal nach."

Der Oberkellner, der gerade zwei neue Flaschen gebracht hatte, benutzte die Gelegenheit, um sich eiligst mit einer Miene zurückzuziehen, als würde er die Eisbären sofort hereinbringen. Allgemeines Gelächter ertönte, in das Dulters mit einstimmte.

(Fortsetzung folgt.)

als außerordentlich schlimm hingestellt worden. Das hat Erbitterung bei den Interessenten hervorgerufen und der ausländischen Presse willkommenes Material zur Diskreditierung des deutschen Weinhandels gegeben. Namentlich ist das Moselweingebiet angegriffen worden, ohne daß seine Vertreter in der Lage waren, diese Angriffe zurückzuweisen. In seinen weiteren Ausführungen polemisiert der Redner gegen die Abgg. Stauffer, Rösicke und Ehrhardt und begründet die einzelnen Forderungen der Resolution des Zentrums.

Dr. David (SD.) führt aus, die erwähnten Ausführungen Stauffers riefen deshalb die größte Erregung hervor, weil man sie als eine Diskreditierung des Weinhandels ansah. Man müsse mit erhöhtem Nachdruck die möglichst baldige Schaffung einer scharfen und wirksamen Kontrolle verlangen. Redner stimmt der Resolution des Zentrums zu. Seine Partei sei bereit, an der Besserung der Verhältnisse in dieser Richtung mitzuarbeiten. Die Kontrolle dürfe nicht auf Wein beschränkt bleiben; sie müsse sich zu einer scharfen allgemeinen Nahrungsmittelkontrolle auswachsen. Der Rückgang des Weinkonsums sei nicht auf die Temperenzbewegung zurückzuführen, sondern leide unter der aufgezwungenen Abstinenz, da 90 Proz. der Bevölkerung nicht imstande seien, sich Wein als Getränk gönnen zu können. Wolle man hier Wandel schaffen, so schließe man sich der Politik der Sozialdemokraten an, die das wirtschaftliche Niveau der Bevölkerung heben wolle. Die künstliche Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel durch die agrarische Politik lasse dem größten Teile der Bevölkerung für solche Ausgaben nichts übrig.

Keller (fraktionslos): Daß Herr Rösicke der pfälzischen Weine sich angenommen hat, finde ich durchaus begreiflich; nur dürfte er das nicht auf Kosten eines benachbarten Weinbaugebietes tun; gerade in Hessen besteht eine sehr starke Kontrolle. Herr Stauffer hat erklärt, daß die Hälfte aller in den Konsum gebrachten Weine gefälscht seien. Derartige Übertreibungen sind ein wahres Fressen für die ausländische Presse und die ausländische Konkurrenz. Herr Stauffer hat auch den Prozeß einer Firma in Rüdesheim in einer Weise erwähnt, als ob die Rüdesheimer Winzer eine Schuld träfe. Es handelt sich um eine Aktiengesellschaft, deren Inhaber namentlich Preußen sind; festgestellt ist, daß an der Angelegenheit kein einziger Rüdesheimer Winzer beteiligt ist. Bezüglich der Frage eines neuen Weingesetzes meint ein großer Teil der Interessenten, daß man mit dem alten Gesetz noch sehr gut auskommen könnte, falls es nur einheitlich in ganz Deutschland ausgeführt würde; ein anderer Teil der Interessenten freilich, die Winzergenossenschaft z. B., meint, daß mit dem alten Gesetz in keiner Weise auszukommen sei. Auf jeden Fall muß das Weinpantschertum vom Erdboden vertilgt werden. (Bravo!)

Dr. Rösicke (Wd. d. L.): Dr. David hat uns schuld daran gegeben, daß es den kleinen Winzern schlecht gehe; denn wir hätten das Fleisch und Brot verteuert. Die Landwirte haben niedrige Schweinepreise, aber die Detailpreise in den Städten werden nicht herabgesetzt. (Sehr richtig! rechts.) — Das Kriegsbeil ist hier erhoben worden gegen die, welche gegen Pantsch und Mantsch aufgetreten sind. Ich habe gegen Rheinhessen nichts gesagt; aber auch dort sind durch die bestehenden Verhältnisse die kleineren und mittleren Winzer geschädigt. Ich habe übrigens die Verhältnisse in Hessen zur Sprache gebracht, um die Notwendigkeit der einheitlichen Kontrolle in ganz Deutschland zu begründen. Das aber wollen die Herren aus Hessen ja ebenfalls. Auch die anderen gegen mich erhobenen Vorwürfe sind teils falsch, teils übertrieben. Ich habe nur den unreellen Weinhandel angegriffen, und darin sollten die reellen Weinhändler mir beistehen. Ohne guten Wein hätten wir die schönen Scheffel'schen Gedichte nicht erhalten. Reinen Wein wollen wir jedermann in Deutschland kredenzen. (Redner trinkt ein Glas reines Wasser und setzt sich. Laute Rufe: Prosit! Große Heiterkeit).

Dove (FVg.): Die Vorwürfe gegen den Berliner Weinhandel sind unbegründet, denn dieser ist so solide wie der Weinhandel irgendwo. (Große Heiterkeit.) Zeigen Sie praktische Wege, wie man den Mißständen auf dem Gebiete des Weinhandels entgegentreten kann, so wird der reelle Kaufmann gern damit einverstanden sein.

Stauffer (WVg.): Wir haben ja vier praktische Vorschläge gemacht, da braucht also Herr Dove nur zuzugreifen. Auf die Angriffe des Weinhändlervereins der Mosel werde ich auf keinen Fall antworten, ich behaupte nach wie vor, daß an der Mosel ebenso gefälscht wird wie anderswo, z. B. wie in der Pfalz. Redner führt zum Beweise für seine Behauptung eine Reihe von Beispielen an, aus denen hervorgehen soll, daß mindestens die Hälfte aller Weine gefälscht sei. Auch in der hessischen Kammer ist die Berechtigung unserer Forderungen anerkannt worden, und der Staatsanwalt hat in einem Prozesse die Weinfälscher geradezu als Giftmischer bezeichnet. Wenn man aber den Pantschern zu Leibe geht, dann erhält man Drohbriefe, wie ich jetzt. Mir wurde geschrieben, wenn ich nicht meine „unverschämten Behauptungen" gegen die Weinhändler sofort zurücknähme, so würde es mir gehen, wie gewissen Herren in Rußland. Dem Kollegen Rösicke wurde dasselbe Schicksal in Aussicht gestellt. (Große Heiterkeit.) Redner schließt mit den Worten: Wir treiben russischen Zuständen zu. (Andauerndes Gelächter links.)

Preiß (Els.): Der echte Naturwein kann mit den billigen Fabrikaten aus sauren Erzeugnissen mit Zucker nicht konkurrieren; diese sauren Erzeugnisse sind zum Schaden des guten Weinbaues unter der Herrschaft des deutschen Weingesetzes massenhaft angebaut worden. Im reellen Weinbau und Weinhandel ist infolge der verfehlten Gesetzgebung ein großer Notstand eingetreten, während gewissenlose Händler schnell reich werden. Wir dürfen die Verantwortung für die Fortdauer solcher Zustände nicht übernehmen.

Gräfe (Antis.): Es ist bedauerlich, daß den Weinfälschern von den Gerichten mildernde Umstände geradezu auf dem Präsentierteller entgegengebracht werden. Die gesetzlichen Bestimmungen müssen schärfer gefaßt werden. (Bravo! b. d. Antis.)

Dr. Mayer-Kaufbeuren (Z.) verlangt den Schutz namentlich der lothringischen Winzer gegen die Rebenschädlinge. Gegen Fälschungen sind in Elsaß-Lothringen infolge des dortigen Weinverkehrssteuergesetzes starke Garantien vorhanden.

Dr. Dahlem (Zentrum): Da allgemeine Übereinstimmung über das Vorhandensein von Mißständen im Weinhandel und der Weinproduktion besteht, so sollte man doch mit Vorlegung eines entsprechenden Gesetzes nicht zögern, zumal auch über die Mittel zur Abhilfe keinerlei Meinungsverschiedenheit herrscht. Den Widerstand des fiskalisch denkenden Preußen sollte das Reichsgesundheitsamt energisch zu brechen suchen.

Darauf wird auf Antrag der Rechten, der Nationalliberalen und der Freisinnigen die Weindebatte geschlossen. Unter stets sich steigernder Heiterkeit bedauern eine ganze Reihe von Abgeordneten, durch den Schluß der Debatte nicht zu Wort gekommen zu sein.

In der nun folgenden allgemeinen Debatte zum Kapitel „Gesundheitsamt" erhält zunächst das Wort

Dr. Fleischer (Z.): Meine hochansehnliche Versammlung! (Schallende Heiterkeit.) Für die hygienischen Verhältnisse der arbeitenden Bevölkerung muß ganz entschieden mehr getan werden. Gegen die Schäden der Berufskrankheiten, gegen die Schäden der gewerblichen Gifte muß man auf das energischste einschreiten. Unerläßliche Vorbedingung dazu ist eine genaue Statistik. Weiter ist unbedingt die Anzeigepflicht zu fordern für alle Betriebe, die mit Giftstoffen arbeiten. Deutlich beweisen das auch zahlreiche Berichte von Gewerbeinspektoren. Mit Nachdruck ist eine bessere gewerbe-hygienische Vorbildung der Kreisärzte zu fordern, ist doch die Diagnose bei Erkrankungen durch gewerbliche Gifte besonders schwierig, für die Behandlung aber besonders wichtig. Man sollte deshalb ein Institut für experimentelle Fabrikhygiene errichten, das vielleicht mit der chemisch-technischen Reichsanstalt zu verbinden wäre, von welcher der Staatssekretär letzthin gesprochen hat. Diese unsere Forderungen sind reif, sie sind das Ergebnis internationaler Verständigung, nämlich in der internationalen Vereinigung für gewerblichen Arbeiterschutz, die eine entsprechende Eingabe an den Staatssekretär des Reichsamts des Innern gerichtet hat.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Die Wichtigkeit der vom Vorredner geforderten Fürsorge für die Gesundheit der arbeitenden Bevölkerung ist nicht zu verkennen. Wir sind aber nicht schlechter gestellt als das Ausland. Denn in England darf der Gewerbeaufsichtsbeamte nur das anordnen, was in dem Statut für das betreffende Gewerbe vorgeschrieben ist; in Deutschland dagegen kann er vorschreiben, was er nach seiner Kenntnis der Sache für notwendig hält. Auch müssen bei uns bei der Konzessionierung von gewerblichen Anlagen auf Grund des § 16 G.-O. die Vorschriften zur Verhütung von Gefahren für die Gesundheit der Arbeiter in die Konzessionsurkunde hineingesetzt werden. Zur Ausführung der Vorschläge der internationalen Vereinigung für gewerblichen Arbeiterschutz sind eine Reihe von Verordnungen notwendig, deretwegen ich mich mit dem Kultusminister und dem Handelsminister in Verbindung gesetzt habe. Zur Verhütung der Giftgefahren haben wir auf Grund von Gutachten der ersten Autoritäten schon Merkblätter erlassen, um das Verhalten der Arbeiter in den Betrieben zu regeln. Für die keramische Industrie muß vor Erlaß einer Verordnung zunächst geprüft werden, ob und welche Glasuren giftig sind. Die mehrfach verlangte Einrichtung von Lehrstühlen für gewerbliche Hygiene hält der Kultusminister für unnötig, weil schon bei den medizinischen Vorlesungen diese Materie berücksichtigt werde. Den Hauptschwerpunkt bei Regelung dieser Materie werden bilden müssen gründliche Erörterung der Bedingungen für den Betrieb bei der Konzessionserteilung, dann eine Aufsicht, die das Nötige anordnen kann, und endlich Belehrung der Arbeiter. Der Erlaß von Verordnungen wird immer nur die Ausnahme bilden müssen.

Fischbeck (FVp.) (auf der Tribüne, der er den Rücken kehrt, fast unverständlich) tritt für eine reichsgesetzliche Regelung der Abdeckereifrage ein.

Geh. Oberregierungsrat Kaufmann: Die Beschwerden des Abg. Fischbeck über die Buntscheckigkeit des Abdeckereiwesens in der Provinz Brandenburg gehören ins preußische Abgeordnetenhaus. Die Regelung der Abdeckereifrage selbst hält auch die Reichsregierung für sehr notwendig und ist bestrebt gewesen, durch ein Reichsgesetz die Grundlage zu schaffen, damit die Bundesstaaten die Frage durch Ausführungsbestimmungen regeln. Leider sind die beteiligten preußischen Ressorts selbst nicht einig; jedenfalls ist aber die gesetzliche Regelung, und zwar so, wie sie Herr Fischbeck sich denkt, im Flusse.

Rösicke (Wd. d. L.) Die Landwirtschaft wird durch die Abdeckerei nicht unerheblich geschädigt, da hier oft eine Konfiskation von Eigentum ohne Entschädigung eintritt.

Rupp (Wd. d. L.) wendet sich im Interesse der Landwirtschaft gegen das Fleischbeschaugesetz.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Donnerstag 1 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung, dann Beratung des Reichsjustizetats.

Schluß 6¾ Uhr.

Aus dem Gerichtssaal.

Unschuldig verurteilt. Das zweite Jahr unschuldig im Gefängnis saß der Bergmann Tillmann aus Weitmar, der am 1. Dezember 1905 vom Schwurgericht Bochum auf Grund von Indizienbeweisen wegen Straßenraubes zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Auf Grund von Gerichtsberichten meldeten sich zwei Frauen, die zu bekunden in der Lage waren, daß Tillmann unschuldig sei. Die Wiederaufnahme des Verfahrens wurde beschlossen und Tillmann in der erneuten Schwurgerichtsverhandlung freigesprochen. Dagegen ist nun das Strafverfahren eingeleitet gegen einen gewissen Konrad Bauer, der in Danzig seiner Militärpflicht genügt.

Die Bluttat von Klein-Möhlau vor dem Reichsgericht. Wegen Mordes ist am 28. Februar vom Schwurgerichte Dessau der Fabrikarbeiter Alois Galbierski aus Klein-Möhlau zum Tode verurteilt worden. Seine Revision kam am 15. April vor dem Reichsgerichte zur Verhandlung. Er behauptete, die Spruchliste der Geschworenen sei ihm nicht ordnungsgemäß zugestellt worden. Aus den Akten ergab sich, daß sie ihm zugleich mit der Anklage zugestellt ist, woraus sich das Fehlen einer besonderen Zustellungsurkunde erklärt. Des weiteren rügte der Angeklagte noch unrichtige Fragestellung. Das Reichsgericht erkannte, da eine Gesetzesverletzung nach keiner Richtung hin vorlag, auf Verwerfung der Revision.

Eine Kindertragödie. Das Landgericht Dresden verhandelte gegen das Schulmädchen Johanne Saalbach wegen Totschlags. Das am 6. Dezember 1892 geborene Mädchen befindet sich seit dem 21. Februar in Haft. Es hat noch fünf Geschwister, von denen drei verheiratet sind. Die Familie wohnt in Meißen. Dem Kinde wird zur Last gelegt, am 19. Februar ihren zehn Jahre alten Bruder Georg vorsätzlich getötet, die Tötung aber nicht mit Überlegung ausgeführt zu haben. Die Mutter der Angeklagten arbeitet in einer Fabrik, Johanne Saalbach war mit ihrem zehn Jahre alten Bruder den Tag über allein zu Hause. Der Vater der Angeklagten hat seine Familie vor drei Jahren verlassen und ist seitdem verschwunden. Er hatte infolge Trunkenheit immer Zank und Streit mit seiner Familie. Die Angeklagte wird als sehr unverträglich bezeichnet; sie behandelte ihren Bruder Georg schlecht. Dieser hatte ein lahmes Bein und eine offene Wunde. Ehe die Saalbach am Morgen des 10. Februar in die Schule ging, weckte sie ihren Bruder, der noch im Bette lag und schlief. Da der Knabe nicht aufstand, ging die Kleine in die Schlafstube; sie war in Wut und ergriff einen Schürzengürtel, der zufällig auf einem Waschkorbe lag, legte ihn ihrem Bruder um den Hals und zog die Enden des Bandes langsam zu. Später hat die Saalbach das Band wieder entfernt und an die Tür gehängt. Die Saalbach nahm dann ihre Bücher und ging in die Schule. Die Saalbach weinte in der Schule und sagte zu ihren Mitschülerinnen: „Es ist mir, als ob heute noch jemand bei uns stirbt." Als die Angeklagte nach 10 Uhr aus der Schule kam, lag der Knabe tot vor der Kammertür. Es wurde festgestellt, daß die Saalbach ihren kränklichen Bruder, weil dieser ihr nicht in der Wirtschaft half und oft auf die Gasse lief, immer geschlagen, geschimpft und mit den Beinen gestoßen hat. Die Saalbach gab auch in der Voruntersuchung an, sie habe gewollt, daß ihr Bruder sterbe. Der als Zeuge vernommene Schuldirektor Hennig hat über den Fall von der Angeklagten nichts herausbekommen können. Kriminalschutzmann Eckardt bezeugte, daß der Vater der Angeklagten seit drei Jahren verschwunden sei; er war dem Trunk ergeben, war früher Nachtwächter und ist wegen Kohlendiebstahls aus dem Dienst entlassen worden. Zwei Brüder der Saalbach sind früher in der Erziehungsanstalt Bohnitzsch untergebracht gewesen. Die Familienverhältnisse seien traurig, die Kinder seien immer allein gewesen. Medizinalrat Dr. Erler hat die Sektion an dem Verstorbenen am 21. Februar vorgenommen. Der Knabe sei schlecht genährt und mangelhaft gepflegt gewesen. Auf Grund des Gutachtens des Sachverständigen ist als Todesursache mit Bestimmtheit Erstickung anzusehen, und diese ist durch Erdrosselung herbeigeführt worden. Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme hielt der Vertreter der Staatsanwaltschaft die Anklage für gedeckt und beantragte, die Saalbach wegen Totschlags zu verurteilen; er trat der Annahme mildernder Umstände nicht entgegen, da die moralische Schuld die Angehörigen der Angeklagten treffe und die Saalbach sich noch im jugendlichen Alter befinde. Der Verteidiger plaidierte auf fahrlässige Tötung. Das Gericht erkannte die Angeklagte des Totschlags für schuldig und verurteilte sie zu einer zweijährigen Gefängnisstrafe; ein Monat gilt als verbüßt. Die Todesursache sei nach dem Gutachten des Sachverständigen auf Strangulation zurückzuführen. Es sei von der Saalbach in klarer Weise gezeigt und angegeben worden, wie sie die Tat ausgeführt. Da die Angeklagte sehr roh und gewaltsam gegen ihren Bruder aufgetreten ist, lehnte das Gericht die Annahme mildernder Umstände ab. — Nach einem anderen Bericht wurde der Saalbach von ihrem Schuldirektor ein sehr günstiges Zeugnis ausgestellt und sie als ein ordentliches, verträgliches Mädchen, dessen kindliches Gemüt unter den unglücklichen Familienverhältnissen zugrunde gegangen ist, geschildert. Aber selbst wenn das Mädchen, wie das Gericht annimmt, roh und unverträglich war, ist es nichtsdestoweniger ein Opfer unserer Gesellschaftsverhältnisse. Der Staatsanwalt bürdet die moralische Schuld den Angehörigen auf. Die eigentlich Schuldigen sind aber nicht diese, sondern die Gesellschaft, die die Eltern in das Joch der Arbeit gespannt und es ihnen unmöglich macht, die Kinder zu erziehen. Es ist erbärmliche Heuchelei, wenn die christliche Gesellschaft die moralische Schuld für solche Vorkommnisse, die sich alle Tage und überall ereignen, wenn sie auch nicht überall durch einen so tragischen Abschluß so grell in die Erscheinung treten, den Opfern dieser ungesunden Zustände aufbürdet. Nun wird das Kind auf zwei Jahre ins Gefängnis geworfen, und wenn es wieder entlassen wird, ist es vielleicht dauernd verdorben.

Diensteifrige Unteroffiziere. Aus Halle a. S. berichtet man unterm 15. April: Der Sergeant Schulze vom Infanterie-Regiment Nr. 93 in Dessau hatte eines Tages seine Korporalschaft auf dem Korridor Aufstellung nehmen lassen, um die Anzüge zu mustern. Da des Musketiers Hennicke Koppel etwas zu weit war, packte dieser Vorgesetzte den Mann an die Brust, stieß ihn zurück und versetzte ihm dann noch mit dem Gewehrkolben einen Stoß vor die Brust, daß der Gestoßene gegen einen Schrank flog und bitter weinte. Hennicke meldete sich krank und bekam eine Lungenentzündung. Der Sergeant, der nun wegen seiner Roheit vor dem Kriegsgericht der 8. Division angeklagt war und bereits wegen einer ähnlichen Tat mit 14 Tagen Arrest vorbestraft ist, will im Diensteifer gehandelt haben. Der Ankläger meinte, so wie Schulze dürfe kein preußischer Unteroffizier handeln und beantragte drei Monate Gefängnis. Das Gericht nahm aber nur einen minderschweren Fall als vorliegend an und ahndete die Roheit mit vier Wochen Mittelarrest. — Gleichfalls minderschwer und ebenfalls im Diensteifer gehandelt haben will der Unteroffizier Dreyer vom Regiment Nr. 36 in Halle. Er hatte dem Rekruten Kellermann, der keine Zeit gehabt, seinen Rock zu waschen, zwei kräftige Ohrfeigen appliziert und dem Mann mit den Handknöcheln derartig am Munde gerieben, daß sich das Zahnfleisch entzündete und der Mißhandelte sich krank melden mußte. Dreyer wurde mit zehn Tagen Mittelarrest bedacht.

Wegen Wahlfälschung wurde der Drucker Vogel von Elberfeld zu einer Woche Gefängnis verurteilt. Er hatte sein Alter um ein Jahr höher angegeben, um, trotzdem er noch nicht wahlberechtigt war, die Wahl auszuüben.

Wegen Urkundenfälschung und Unterschlagung wurde der Rendant der Spar- und Darlehnskasse in Großkorchin, Anton Piontkowski, vom Gericht in Schneidemühl zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr verurteilt. — Das Kriegsgericht Dresden verurteilte den Zahlmeister Haase von den Grimmaer Husaren wegen Unterschlagung von 3888 Mk. zu einer Gefängnisstrafe von zwei Jahren und Degradation.

Aus Nah und Fern.

Die Aerzte — die Besieger der deutschen Sozialdemokratie. In tiefsinnigen meterlangen Betrachtungen haben Freunde und Feinde der Sozialdemokratie den Ursachen der sozialdemokratischen Niederlage nachgespürt. Endlich ist die wirkliche Ursache dieser Niederlage von dem „Aerztlichen Vereinsblatt für Deutschland" enthüllt worden: „Wir dürfen es aussprechen," schreibt dieses Blatt, „was in den mannigfachen Epikrisen der Tagesblätter zur Reichstagswahl nicht zum Ausdruck gekommen ist, daß die Aerzte, viel mehr als dem direkten Einflusse von zirka 30 000 Stimmen im Wahlkampfe entsprechen kann, an dem Sturze der Sozialdemokratie beteiligt sind, nicht sowohl aus eigener Initiative, als durch die Schuld der offiziellen und der in den Krankenkassen einflußreichen preußisch-sächsischen Sozialdemokratie". Und nun Regierung — das fordert mit großem Nachdruck das „Aerztliche Vereinsblatt" — belohne die staatsrettende Tat der Aerzteschaft!

Eine überaus rohe Tat beging ein Einwohner der Ortschaft Hufe bei Köln, der sein 1½jähriges Söhnchen auf einem Spaziergange in einen Brunnen warf. Als das Kind vermißt wurde, beteiligte sich der Vater selbst mit an der Suche. Das Wimmern des Kindes führte aber bald zur Entdeckung des Verbrechens. Das Kind wurde gerettet und der Rabenvater verhaftet.

Ertrunken. Am Montag nachmittag ertrank bei Heidelberg im Neckar, kauf dem er sich mit Bootfahren vergnügte, der Schiffer Roth. Seine Begleiter, die den Tod Roths durch Schaukeln des Bootes mit verursacht hatten, wurden verhaftet.

Soldatenselbstmord. Am 13. April erschoß sich in Deutz der Pionier H. Meyer vom Westf. Pionierbataillon Nr. 7, gebürtig aus Dortmund, mit seinem Dienstgewehr. Die Gründe der Tat sollen, nach Briefen des Verstorbenen an seine Angehörigen, in schlechter Behandlung seitens Vorgesetzter zu suchen sein.

Arbeiter, Genossen! Rüstet zum Maifest!

Die Erkrankungen an Genickstarre nehmen im Ruhrbezirk einen äußerst beunruhigenden Umfang an. In der Essen benachbarten Gemeinde Carnap tritt die Epidemie ebenfalls auf. Der Regierungspräsident hat für dort die Schließung der Schulen angeordnet.

Ein Automobilunglück. In Köln wurde am Montag ein neunjähriger Knabe von einem Automobil überfahren und so schwer verletzt, daß er im Hospital verstarb. Der Automobilist stellte sich selbst der Behörde. Der Vater des Kleinen, ein Stukkateur, kam vor längerer Zeit durch einen Sturz zu Tode.

Selbstmord einer russischen Nihilistin. In Florenz erschoß sich am 11. d. Mts. auf offener Straße eine elegant gekleidete junge Dame, die sofort als die russische Studentin Nadja Baradin identifiziert wurde. Über die 24jährige Dame, der sich dem Studium der schönen Künste widmete und immer in Gesellschaft junger Künstler oder ausländischer Aristokraten gesehen wurde, waren in Florenz die abenteuerlichsten Geschichten verbreitet. Die blonde Nadja Baradin, die recht stattlich aussah und sehr vornehm auftrat, hatte ihren Verehrern erzählt, daß sie in den Reihen der Nihilisten gekämpft habe und auch mit dem Popen Gapon, als er noch Revolutionär war, zusammengekommen sei; sie habe drei Jahre im Gefängnis geschmachtet und sei dann begnadigt worden unter der Bedingung, daß sie freiwillig in die Verbannung gehe. Ihre Verurteilung sei erfolgt, weil sie an einem Attentat gegen einen Großfürsten beteiligt gewesen sei. Sie sei von Odessa heimlich nach England gegangen, aber die politische Polizei habe von ihrer Flucht erfahren und ihr einen Geheimpolizisten nachgeschickt: dieser Mann hätte sich bei ihr als Freund einführen sollen, um ihr Enthüllungen über Mitverschworene zu entlocken. Der Polizeibeamte habe sich aber in sie verliebt und sie geheiratet. Als er ihr nach der Hochzeit offenbarte, weshalb er ursprünglich sich ihr genähert habe, sei sie so entrüstet gewesen, daß sie ihn sofort verlassen habe und nach Berlin gegangen sei, um sich als Erzieherin durchs Leben zu schlagen. Von Berlin sei sie Ende 1906 nach Florenz gereist, um sich in der Malerei zu vervollkommnen. Nadja Baradin hatte wirklich einiges Talent, aber weniger zum Malen als zum Gemaltwerden. Die kunstbeflissenen Jünglinge vergötterten die junge Dame, die an irgend eine Frauengestalt von Botticelli gemahnte, und alle stritten sich um die Ehre, ihr Bild auf die Nachwelt zu bringen; so kam es, daß sie zahllose Male porträtiert und ausgestellt worden ist. Man erzählt von jungen Engländern, die sich eigens in die Kunstakademie aufnehmen ließen, um der schönen Russin nahe zu sein. Was die interessante Dame in den Tod getrieben hat, weiß man nicht; in einem Briefe, den man in ihrem Schrank fand, bittet sie ihre Wirtin, ihren Onkel Dr. Freudenstein in St. Petersburg telegraphisch von ihrem Tode in Kenntnis zu setzen; ferner bittet sie, daß man sie unseziert begraben möge. Am Schlusse des Briefes heißt es: „Die Gründe meines Todes können keinen Menschen interessieren; ich will nur sagen, daß ich weder den Zweck noch den Sinn des Lebens einsehe. Wenn man leben soll, darf man nicht aus dem seelischen Gleichgewicht gebracht sein.“ Man glaubt jetzt, daß die Baradin die Geschichte ihrer Ehe nur vorgetäuscht habe. Von ihrem Vater, der als reicher Kaufmann in Rußland leben soll, bekam sie monatlich einen Zuschuß von fast 400 Mk.

Erdbeben in Mexiko. Die gestern aus Hamburg registrierten Erdbeben haben sich in Mexiko ereignet. Die mexikanischen Ortschaften Chilpancingo und Chilapa, die südlich von der Hauptstadt Mexiko und nördlich von der pazifischen Hafenstadt Acapulco in der gebirgigen Provinz Guerrero liegen, sind fast gänzlich zerstört und viele Bewohner, die Zahl steht noch nicht fest, getötet oder verletzt worden. Die Erdstöße haben sich über das ganze mittlere Mexiko und über eine Strecke von mehr als 700 Kilometer ausgedehnt und auch die Hauptstadt des Landes in Mitleidenschaft gezogen. — Aus New-York wird hierzu gemeldet, daß in der Sonntagnacht ein Erdbeben die mexikanischen Städte Chilpancingo und Chilapa im Staate Guerrero zerstörte. Soweit bisher bekannt, wurden elf Personen getötet und 27 verletzt. Die Erdstöße dauerten gestern fort, und die Einwohner befinden sich in Angst und Schrecken. Die Hauptstadt Mexiko wurde am Sonntag abend um 11 Uhr 34 Minuten von einem 4½ Minuten dauernden Erdstoß erschüttert. Dadurch wurde eine große Panik verursacht. Tausende stürzten in ihren Nachtgewändern auf die Straße. Mauern fielen ein, und Fußsteigplatten krachten. Der Erdstoß war der heftigste seit 25 Jahren. Soweit bis jetzt bekannt geworden, reichte die Erschütterung von St. Luis Potosi im Norden bis nach Oaxaca im Süden. Soweit sich bisher in Mexiko feststellen ließ, sind Menschen nicht umgekommen außer in den genannten Städten. Doch fanden in allen Orten dieselben Ausbrüche der Panik statt, und überall eilten die entsetzten Einwohner ins Freie, da sie eine Wiederholung der Katastrophen von San Francisco und Kingston fürchteten.

Die Schillerwürste von Waldshut. In der oberbadischen Kreishauptstadt Waldshut wurde am 10. April, wie die „Frankf. Ztg.“ berichtet, in einer Beleidigungsklage des Bürgermeisters und der Gemeinderäte gegen einen politisch und persönlich unbequemen Widersacher verhandelt, in der u. a. auch ersichtlich wurde, daß Waldshut sich nicht nur durch die Besonderheit seiner altertümlichen Bauweise und seiner landschaftlichen Reize auszeichnet, sondern auch durch die, sagen wir, Eigenart seiner Kommunalvertretung in der Beurteilung ästhetischer Dinge. So hat sie seinerzeit ihren künstlerischen Standpunkt mit bestem Erfolg gewahrt, als es sich um die Veranstaltung einer Schillerfeier handelte. Das Stadtoberhaupt war zunächst bereit, Beethovens Neunte Symphonie mit dem gewiß imposanten Tonkörper der achtzehn Waldshuter Stadtmusikanten nebst acht militärischen Hilfskräften aufführen zu lassen. Als Schwierigkeiten auftauchten, fand man den höchst verständigen Ausweg, statt aller sonstigen Umstände wenigstens jedem Schulkind eine Knackwurst verabreichen zu lassen, obwohl ein einflußreiches klerikales Gemeinderatsmitglied der Meinung gewesen sein soll, daß an einer Ehrung des protestantischen Dichters überhaupt nicht viel gelegen sei. Als nun zum letzten Karfreitag auf den Entwurf eines Konzertprogramms auch der „Karfreitagszauber“ aus dem „Parsival“ gesetzt werden sollte, stiegen der maßgebenden Stelle religiöse Bedenken auf, und der „Karfreitagszauber“ wurde flugs in eine „Karfreitagsmusik“ umgewandelt. Angesichts so viel Zartsinns brachen natürlich alle sonstigen, gegen das Gemeindeoberhaupt vorgebrachten Anschuldigungen in nichts zusammen und die hadernden Parteien begruben das vorher grimmig geschwungene Kriegsbeil.

Wie es im Kapitalistenstaat aussieht. Eine herzerschütternde Geschichte über die Arbeitsbedingungen im Londoner Schneidergewerbe wurde am 10. April vor dem offiziellen Leichenbeschauer in der Vorstadt Stepney anläßlich der Leichenschau für den kleinen, 12 Monate alten Harold Knight erzählt. Frau Florence Knight, die Mutter, welche sehr krank zu sein schien und abgerissen gekleidet war, gab an, daß ihr Ehemann ihr vor einem Jahre davon gelaufen sei, einige Tage vor der Geburt des kleinen Harald. Sie deponierte ferner: Ich habe noch ein Kind und gehe als Scheuerfrau aus, um mich und die Familie zu erhalten und habe die Kinder immer unter der Obhut meiner Mutter zurückgelassen. Vor einigen Wochen war der Kleine gefallen, und da sich eine Geschwulst hinter dem Ohre gebildet hatte, trug ich ihn zum Doktor, der mir sagte, daß er einen Absceß habe, welchen er öffnete. Nächsten Tag wurde der Kleine schlimmer und starb. Frau Eliza Holes, die Großmutter des Verstorbenen deponierte: „Ich gewinne meinen Unterhalt durch Manneshosennähen, wofür ich 2 Pennies (17 Reichspfennige) pro Hose erhalte, davon habe ich das Nähgarn noch zu kaufen. Wenn ich von morgens früh bis 4 Uhr den anderen Morgen arbeite, kann ich für mich und die Kinder nur etwas trockenes Brot kaufen. Wenn ich Hosen zu holen und abzuliefern habe, sind die Kinder sich selbst überlassen. Der Vormann der Geschworenen fragte die Frau, ob ihr Arbeitgeber einer von den eingewanderten Juden sei, worauf die Frau erwiderte, er sei ein christlicher Engländer. Der Doktor deponierte, daß der Verstorbene halb verhungert und in Lumpen gekleidet war, als er ihn sah. Die Mutter, wieder vorgerufen, erklärte, daß sie dem Doktor ihr ganzes Geld, 6 Pence (50 Pf.) gegeben habe und infolgedessen an dem Tage alle hätten hungern müssen. Der Leichenbeschauer fragte, weshalb die Frau nicht ins Werk- und Armenhaus gegangen sei, worauf sie erwiderte, daß sie dann ihre Kunden verloren hätte und beim Wiederaustritt schlimmer daran gewesen wäre, als vorher. Die Frage der Kindervernachlässigung wurde von den Geschworenen verneint, andernfalls hätte die Mutter, je nach dem Ausfall des Verdiktes der Geschworenen, entweder ins Zuchthaus oder ins Gefängnis wandern müssen. Das erste Mal wäre das bei armen Müttern nicht der Fall gewesen, und es ist gut, daß Laien und nicht „rechtsgelehrte Juristen“ über die Armen, welche die Not schuldig macht, ein Urteil abgeben in diesem Lande.

Folterungen in Kroatien. Der Wiener „Arb.-Ztg.“ wird aus Essieg zu den schon kurz erwähnten Vorgängen in Ruma geschrieben: Am vergangenen Mittwoch, in der Nacht, wurden einem Beamten der Bezirksbehörde in Ruma die Fenster eingeschlagen. Obwohl sofort Gendarmerie eintrat, konnten die Täter nicht erwischt werden. Dies machte die Gesellen wütend und sie schwuren Rache. Da sich die Behörden zur Zeit nur mit der Unterdrückung der Feldarbeiterbewegung beschäftigen und die Sozialistenverfolgungen auf der Tagesordnung sind, entschlossen sich die Gendarmen zu folgender Bestialität: Es wurden die bekannteren Genossen unter den dortigen Feldarbeitern zusammengefangen und in die Gendarmeriekaserne gebracht. Da wurde ihnen befohlen, die Fußbekleidung herunterzunehmen, und als dies geschah, wurden sämtliche mit Stöcken auf die bloßen Fußsohlen geschlagen. Nicht genug daran; dem Arbeiter Habenschuß wurde die Sohle aufgeschlitzt, eingesalzen und dann erst mit Ruten bearbeitet. Es klingt unglaublich, ist aber wahr. Das tolle Treiben und Toben besonders in diesem Bezirk gegen die ausgehungerten Feldarbeiter ist dadurch erklärlich, daß dies die fruchtbarste Gegend und Sitz großer Latifundien ist, worunter sich auch das Gut des Grafen Pejacevich, des derzeitigen Banus, befindet. Um nun die Feldarbeiterbewegung maßregeln zu können, schiebt man ihr alle Verbrechen, die in der Gegend geschehen, in die Schuhe. So wurde Lärm geschlagen, daß sich in Syrmien „rumänische Vorgänge“ vorbereiten und dergleichen mehr. Darauf wurde das Versammlungsrecht suspendiert, jede Zusammenkunft verboten. Lokale, wo Arbeiter verkehrten, versiegelt, Bücher und Requisiten konfisziert, Agitatoren ausgewiesen. Infanterie und Kavallerie konsigniert. Alles dies, ohne daß sich irgend ein ernsterer Zwischenfall ereignet hätte. Das ganze Verbrechen der Bevölkerung besteht darin, daß die Feldarbeiter einen gemeinsamen Tarif ausgaben, nach dem die Tagelöhne festgesetzt wurden.

Die Morgue, das berühmte Pariser Leichenhaus, hat Clemenceau vor wenigen Tagen schließen lassen. Zu den Toten der Morgue wallfahrteten in hellen Haufen die blasierten Herren und Dämchen der Pariser Lebewelt, und rüttelten dort gewaltsam ihr abgestumpftes, müde gewordenes Nervensystem auf. Aus dem leuchtenden Paris traten sie in die düstere Stätte des Todes ein. „Hier liegt,“ so schreibt die „Kölnische Volkszeitung“, ein Mütterchen, mit Lumpen zugedeckt, mit zahnlosem Mund und abgehärmten Zügen, dort der grauenvoll aufgeschwemmte Körper eines ertrunkenen Mannes, da die Leiche eines Kindes mit einer schweren Wunde am Kopf. Schonungslos sind die Heiligkeit und Majestät des Todes hier allen Blicken preisgegeben; die spielenden Straßenkinder huschen an den Glaskästen vorbei, bevor sie wieder im Sonnenlicht ihr Jagen fortsetzen, Frauen mit Kindern auf dem Arm treten ein, Arbeiter und junge Mädchen, und ihr Blick zeigt verständnislose Gleichmut oder stumpfes Grauen, wenn sie aus dieser dumpfen Grabesluft wieder auf die Straße treten.“ In der Kunst und Poesie haben die Tragödien der Morgue die ganze zivilisierte Welt erschüttert. „In den 40 Jahren,“ so schreibt die „Kölnische Volkszeitung“, als die Romane von Sue das Leben von Paris in all seinen Lastern und Abgründen darstellten, war die Morgue als das schauerlichste Denkmal modernen großstädtischen Lebens aufgerichtet. Alle die Schilderungen, die damals das Babel an der Seine in brennenden Farben vorführten, zeigten den Weg von üppigkeit und Glanz durch rauschende Feste und durch Verbrechen bis zu der düsteren Totenkammer auf der Seine-Insel. Die Kunst Delacroix, Daumiers und andere hat so auch aus den Bildern der Morgue Anregungen gezogen, nicht anders als die Biene aus giftigen Blumen Honig saugt. Und manche nachdenksamen Gemüter fanden Erbauung und Bereicherung ihres Seins vor diesen Bildern des Todes. Unter den vielen, denen hier die Macht des Sterbens mächtig entgegentrat, sei nur der englische Dichter Robert Browning erwähnt.“

Nur ein Druckfehler. Das „Börsenblatt für den deutschen Buchhandel“ teilt folgenden komischen Druckfehler aus einem italienischen Antiquariatskatalog mit: „1540. Gotaisches Genealogisches Taschenbuch der Freiherlichen Saüfer, Gotha, Perthes 1878—1885 vol. 2 in 12, tela, con ritratti.“ Es ist doch kaum anzunehmen, daß alle im Gothaischen Kalender verzeichneten Mitglieder der „Freiherrlichen Häuser“ so ausgepichte Trunkenbolde sind.

Quittung.

Im Monat März gingen bei den Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Ansbach-Schwabach, Wahlkr. 4. Quart. 1906 66,87 Mk. Groß-Berlin a conto seiner acht Wahlkreise 10 000,—. Berlin, diverse Beiträge, 638,30. Bant i. Oldenb., 2. oldenburg. und 2. hannov. Wahlkreis 4. Quartal 1906 430,—. Desgleichen 1. Quartal 1907 391,—. Bußbach i. H., C. K. 4,—. Bukarest, Gesangverein „Vorwärts“ f. d. Wahlfonds 32,—. Breslau, Rückzahlung nicht gebrauchten Wahlzuschusses für den Bezirk Breslau 193,29. Bern 50,—. Bürgel i. Th., für frühere Sendung von Flugblättern 2,—. Beeliß, Übersch. v. Märzkranz der Lungenheilstätte B. 1. 2,85. Bernburg, Restbetrag für das Jahr 1906 117,38. Braunschweig, 1. Wahlkreis 4. Quartal 1906 322,04. Braunschweig, 2. braunsch. Wahlkreis (Helmstedt-Wolfenbüttel) 4. Quart. 06 48,32. Calw, sozialdemokr. Kreisorganisation des 7. württemb. Wahlkr. 3. u. 4. Quart. 06 113,52. Dresden, 4. sächs. Reichstagswahlkreis Vereinsbeitrag 2000, . Dresden Überschuß v. Unterstützung f. Gen., d. z. Reichstagwahl z. Dienst standen, v. sämtl. Kategorien der Brauerei Felsenkeller (mit Ausnahme der Böttcher) 87,—, von J. Schubert 2,—, Sa. 89,—. Flensburg, sozialdemokrat. Zentralwahlverein für den 1. und 2. schleswig holsteinischen Wahlkreis, 3. und 4. Quart. 1906 310,20. Falkenberg (Oberschl.) 3,—. Frankfurt a. M., sozialdemokr. Verein 4. Quart. 06 800,—. Forst i. L., zurückgezahlter Wahlzuschuß 1000,—. Friedenau, F. A. 5,—. Gießen, F. M. 10,—. Halle a. S., v. d. Parteiorganisation Halle u. Saalkr., Restbetr. d. 4. Quart. 06 160,—. Husum 48,18. Halberstadt, Wahlkr. Halberst.-Aschersleben-Wernigerode 4. Quart. 06 120,—. Hamburg, im Monat März in der Expedition des „Hamburger Echo“ eingegangen 88,95. Itzehoe, sozialdemokr. Zentralwahlverein des 5. schlesw.-holst. Wahlkreises 128,46. Köln a. Rh., M. A. 20,—. Kronach, Parteibeitrag, 2. Halbjahr 06 45,60. Kiel, sozialdemokr. Zentralwahlverein für den 7. schlesw. holst. Wahlkr. 1000,—. Langenberg, 12. württemb. Wahlkreis, 2. Halbjahr 06 7,60. Labiau Wehlau in Ostpr., Beitrag des Kreisvereins für das 1. Quart. 07 20,—. Limbach i. S., 15. sächs. Reichstagswahlkreis 1. Quart. 07 300,—. Luckenwalde, sozialdemokr. Zentralwahlverein Zauch Belzig Jüterbog-Luckenwalde, 4. Quart. 06 166,—. Luckenwalde, Rufus 5,—. Magdeburg, sozialdemokratischer Verein 1. Quartal 07 600,—. München, Waldläufer 5,—. Mariendorf, v. den organisierten Kollegen d. Fa. J. C. G. A., Überschuß vom Märzkranz 6,10. Meiningen-Hildburghausen, 4. sachs.-mein. Reichstagswahlkreis, 4. Quartal 06 22,90. Meißen, 7. sächs. Reichstagswahlkreis, 1. Juli bis 31. Dezember 06 784,20. Niederzwönitz, 19. sächs. Reichstagswahlkr. 100,—. Neustadt i. H., 9. schlesw.-holst. Wahlkr. 46,41. Nieder-Schöneweide, Einzelmitgl. C. Sch. 2,—. Oranienburg, Filiale der Töpfer, Beitrag zum Wahlfonds 10,—. Olvenstedt, Wahlkreis Wolmirstedt Neuhaldensleben, 3. und 4. Quartal 06 210,—. Ober Schöneweide, Überschuß vom Märzkranz von den Arbeitern des Betriebes der Norddeutschen Stahl- und Eisenwerke 9,65. Oberlangenbielauer Agitationsbezirk, Restbeitrag vom 4. Quartal 06, 69,50 (darunter Wahlkreis Landeshut, Bolkenhain-Jauer 45,50, aus dem Wahlkreis Striegau, Schweidnitz: Wahlverein Freiburg 24,—). Rixdorf, Sammelliste für Reichstagswahl 07, Pumpstation, 6,60. Ronsdorf, sozialdemokr. Verein für den Wahlkreis Lennep-Remscheid-Mettmann, 4. Quartal 06, 313,20. Reutlingen, Kreisverein des 6. württemb. Reichstagswahlkr., 2. Halbjahr 06, 72,28. Rixdorf, Verb. —heim, Allerstraße, 3,30. Schopfheim, sozialdemokr. Organisatiion des 3. badischen Reichstagswahlkreises 30,15. Stuttgart, G. U. 10,—. Stendal-Osterburg, Wahlkreis, 4. Quartal 06 29,10. Sonneberg-Saalfeld, 2. sachsen-meining. Wahlkreis, Rest für 1906, 151,16. Tilsit, für frühere Sendung von Flugblättern, 16,—. Tempelhof, Überschuß der Kreuzspende für die Märzgefallenen von den Arbeitern der Firma Steffens u. Nölle 37,30. Wanzleben, sozialdemokr. Verein des Wahlkreises, 4. Quart. 1906 100,—. Zeitz, Wahlkreis Zeitz-Weißenfels-Naumburg 600,—.

Berlin, den 10. April 1907.

Für den Parteivorstand:
A. Gerisch, Lindenstr. 69.

Letzte Nachrichten.

Landsberg a. W. Im nahen Vietz sind durch Einsturz eines Trockenschuppens auf der Strunck'schen Ziegelei zwei junge Mädchen und ein Arbeiter getötet worden.

Darmstadt. Im benachbarten Dorfe Lengfeld erschlug der 40jährige Stationsassistent Lang seine schlafende 12jährige Tochter mit dem Beil und versuchte dann sich selbst durch Öffnen der Pulsadern zu töten. Die schreckliche Tat ist offenbar in einem Anfall von Geistesstörung geschehen.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 17. April.

Bauern-Butter Pfd. 1,05—1,10 Mk., Meierei-Butter Pfd. — 1,20 Mk., Hasen —,— Mk., Enten 4,00—4,50 Mk., Hühner 2—2,50 Mk., Küken Stck. — Mk., Tauben Stck. 0,60, Mk., Gänse Pfd. — — Mk., Flickgans —,— Mk., Schweinskopf Pfd. 0,60 Mk., Schinken Pfd. 0,95—1,00 Mk., Wurst Pfd. 1,30 Mk., Eier 11 Stck. 60 Pfg., Karpfen Pfd. 1,00 Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1,20—2,40 Mk., Karautschen Pfd. 80 Pfg., Hechte Pfd. 70 Pfg., Barsche Pfd. 70 Pfg., Aal Pfd. 0,90 Mk., Heringe 10 St. 10 Pf., Dorsche genüg., Brachsen Pfd. — Pfg., Gemüse genügend, Blumenkohl, d. Kopf 0,40—0,50 Mk., Aepfel, beste Gravensteiner, pr. 100 Pfd. — Mk., verschiedene pr. 100 Pfd. — Mk., Pflaumen, pr. 100 Pfd. — Mk., Kirschen Pfd. — Pfg., Zwiebeln, hiesige, 100 Pfd. — Mk., Gurken 100 Pfd. — Mk., Kartoffeln, beste, 100 Pfd. 5,— Mk., Kohl, 100 Pfd. 4,— Mk. Süßwasserfische genügend.

Sternschanz-Viehmarkt
am 17. April.

Der Schweinehandel verlief flau.

Zugeführt wurden 504 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Versandschweine schwere 46 Mk., leichte 46½—47 Mk., Sauen 38—42 Mk. und Ferkel 45—47 Mk. pro 100 Pfund.

Briefkasten.

2 Streitende. Der 9. schleswig-holsteinische Wahlkreis war während der Periode 1874—1877 durch den Genossen Otto Reimer im Reichstage vertreten.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.